



Industrieforum

Standortfaktor Arbeit

Industriepolitik

Industrie Burgenland: Ein dynamischer
Industrie- und Wirtschaftsraum

Industriekonjunktur aktuell

Industriebeschäftigung unter Druck

Bundessparte Industrie (BSI)

Die Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich vertritt mit ihren Fachverbänden die Interessen von mehr als 5.000 Mitgliedsunternehmen. In der österreichischen Industrie sind mehr als 450.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig. Die Industrieunternehmen Österreichs sind mit einer Exportquote von 66 Prozent stark international vernetzt. Die Bundessparte Industrie ist nicht nur für eine aktive Mitgestaltung der österreichischen Industriepolitik zuständig, sondern auch für die Koordination und die inhaltliche Artikulierung aller industrierelevanten Interessen vor allem in der Kollektivvertragspolitik, im Umwelt- und Energiebereich, in der Forschungs- und Technologiepolitik sowie in der Infrastrukturentwicklung.

Industriewissenschaftliches Institut (IWI)

Das Industriewissenschaftliche Institut (IWI) setzt einen markanten industrieökonomischen Forschungsschwerpunkt in Österreichs Institutslandschaft. Seit 1986 steht das Institut für die qualitativ anspruchsvolle Verschränkung zwischen Theorie und Praxis.

Das intensive Zusammenspiel unterschiedlicher Forschungsbereiche dient dazu, Produktionsstrukturen systemorientiert zu analysieren und darauf aufbauend zukunftsweisende wirtschaftspolitische Konzepte zu entwickeln. Besondere Schwerpunkte finden sich in der Analyse langfristiger makroökonomischer Entwicklungstendenzen sowie in der Untersuchung industrieller Netzwerke (Clusteranalysen).

Industriellenvereinigung (IV)

Die Industriellenvereinigung (IV) ist die freiwillige und unabhängige Interessenvertretung der österreichischen Industrie und der mit ihr verbundenen Sektoren. Seit 1946 nimmt die IV an allen Gesetzgebungsprozessen als anerkannter Partner der Politik teil. Eine Bundesorganisation, neun Landesgruppen und das Brüsseler IV-Büro vertreten die Anliegen ihrer aktuell mehr als 4.400 Mitglieder aus produzierendem Bereich, Kredit- und Versicherungswirtschaft, Infrastruktur und industrienaher Dienstleistung – in Österreich und Europa. Die IV-Mitglieder repräsentieren mehr als 80 Prozent der heimischen Produktionsunternehmen. Ihr Anspruch an der Schnittstelle zwischen Unternehmen und Politik ist es, mit innovativen Konzepten und Expertise Österreichs Gesellschaft zukunftsfit zu gestalten.



Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich

Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien
Telefon: 05 90 900-3460
Telefax: 05 90 900-113417
Internet: wko.at/industrie,
E-Mail: bsi@wko.at

Bundespräsidium

Obmann Mag. Sigi MENZ, Ottakringer Getränke AG
Stellvertreter Vorstandsvorsitzender KommR DI
Dr. Clemens MALINA-ALTZINGER, Reform-Werke
Bauer & Co. Ges.m.b.H.
Stellvertreter GF Thomas SALZER,
Salzer Papier GmbH
kooptiert gem. § 63 (2) WKG:
COO Günter DÖRFLINGER, MBA, Christof
Industries Global GmbH
CEO Mag. Christian KNILL, Knill Energy
Holding GmbH
GD KommR Ing. Wolfgang HESOUN, Siemens AG
Österreich

Geschäftsführer

Mag. Andreas MÖRK



Industriewissenschaftliches Institut

Mittersteig 10/4, 1050 Wien
Telefon: +43 1 513 44 11-0
Telefax: + 43 1 513 44 11-2099
Internet: www.iwi.ac.at,
E-Mail: office@iwi.ac.at

Vorstand

Vorsitzender Hon.Prof. Dr. Wilfried STADLER,
Wirtschaftsuniversität Wien
Gen.-Sekr. Karlheinz KOPF, Wirtschaftskammer
Österreich, stv. Vorstandsvorsitzender des IWI
Gen.-Sekr. Mag. Christoph NEUMAYER
Industriellenvereinigung, stv. Vorstandsvor-
sitzender des IWI
Mag. Elisabeth ENGELBRECHTSMÜLLER-
STRAUB, Fronius, stv. Vorstandsvorsitzende
des IWI
Mag. Markus BEYRER, Business Europe
Mag. Christian DOMANY, Unternehmensberater
Dr. Erhard FÜRST,
Vorst.dir. DI Dr. Manfred MATZINGER-LEOPOLD,
Münze Österreich
GF Mag. Andreas MÖRK, Bundessparte
Industrie, der Wirtschaftskammer Österreich,
Kassier des IWI
FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. SCHNEIDER,
Industriewissenschaftliches Institut

Kuratorium

Vorsitzender Hon.Konsul KommR Veit
Schmid-Schmidfelden, Rupert Fertinger GmbH

Geschäftsführer

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Wissenschaftlicher Leiter

Univ. Prof. DI Dr. Mikuláš Luptáčík



Industriellenvereinigung

Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Österreich
Telefon: +43 1 71135 - 0
Internet: www.iv.at, www.facebook.com/industriellenvereinigung,
www.twitter.com/iv_news
E-Mail: office@iv.at

Präsidium

Präsident Georg KNILL, Knill Gruppe
Vize-Präsidentin Dipl.-Ing. Dr. Sabine
HERLITSCKA MBA, Vorstandsvorsitzende
Infineon Technologies Austria AG
Vize-Präsident Philipp VON LATTORFF,
Geschäftsführer Boehringer Ingelheim
RCV GmbH & Co KG Regional Center Vienna
Vize-Präsident Dipl.-Ing. F. Peter MITTERBAUER,
Vorstandsvorsitzender MIBA AG

Geschäftsführung

Generalsekretär Mag. Christoph NEUMAYR
Vize-Generalsekretär Ing. Mag. Peter KOREN
Vize-Generalsekretärin Dr. Claudia MISCHENSKY



editorial

Georg Knill
Leistungsloser Wohlstand ist nicht möglich

forum

Standortfaktor Arbeit: Der Arbeitsmarkt ist im Wandel

Österreich vs. Schweiz – ein Ländervergleich 10

Kommentar: Flexicurity: Verspielt Österreich seine Chancen?

Gerhard Fehr,
Verhaltensökonom

Auf der Suche nach Lösungen für die Arbeitsmarktprobleme

Interview:

„Trotz steigender Arbeitslosigkeit haben wir noch immer einen Fachkräftemangel“

Johannes Kopf, Vorstand des
Arbeitsmarktservice (AMS)

politik

Die österreichische Umwelttechnik-Wirtschaft als Haltegriff in der Wirtschaftskrise

Bildung als starkes Fundament für Österreichs Zukunft

Serie: Industrie Burgenland:
Ein dynamischer Industrie- und Wirtschaftsraum

konjunktur

Kommentar zur internationalen Konjunkturentwicklung

4 FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider 30

Industriebeschäftigung unter Druck
Mag. Andreas Mörk

6 **konjunktur nach branchen**

Branchenübersicht 34

Gesamtindustrie 35

Bergwerke und Stahl 35

Stein- und keramische Industrie 36

Glasindustrie 36

11 Chemische Industrie 37

Papierindustrie 37

12 PROPAK – Industrielle Hersteller von

Produkten aus Papier und Karton 38

Bauindustrie 38

Holzindustrie 39

Lebensmittelindustrie 39

Textil-, Bekleidungs-,

Schuh & Lederindustrie 40

16 NE-Metallindustrie 40

Metalltechnische Industrie 41

Fahrzeugindustrie 41

Elektro- und Elektronikindustrie 42

Offenlegung, Impressum 42

inhalt

Leistungsloser Wohlstand ist nicht möglich!

Europa und Österreich stehen zunehmend vor einem demografischen Problem – und das kommt insbesondere für Bevölkerungswissenschaftler und vorausschauende Ökonomen ganz und gar nicht überraschend.

Autor: Georg Knill



Georg Knill, Präsident der Industriellenvereinigung

Doch diese Entwicklung wurde bisher noch weitgehend ignoriert: Zuwanderung und der Glaube, dass man es wohl eher mit dem Verlust von Arbeit zu tun bekommen wird – Stichwort Digitalisierung –, haben dazu geführt, dass bislang nur vereinzelt Maßnahmen getroffen wurden. Dabei sieht man die Auswirkungen selbst dann, wenn man nicht unmittelbar an seinem Arbeitsplatz betroffen ist. Der Fachkräftemangel ist längst zum Arbeitskräftemangel mutiert – die Stellenangebote und Anwerbemaßnahmen von Arbeitgebern laufen in klassischen und digitalen Medien.

Wir brauchen also kluge Lösungen. Dafür gibt es zwei naheliegende Hebel: Anreize für mehr Leistung und eine qualifizierte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt. In Österreich arbeitet nur ein Teil der erwerbsfähigen Bevölkerung. Wir haben eines der niedrigsten durchschnittlichen Pensionsantrittsalter in Europa. Nur ungefähr ein Drittel der 60- bis 64-Jährigen ist berufstätig, und kaum jemand, der älter ist als 65; auch nicht in Berufen, die nicht mit körperlicher Arbeit verbunden sind, und das trotz längerer Lebenserwartung und häufig längerer Gesundheit. Es

ist schlicht nicht attraktiv, da viele Anreize zu einem frühen Pensionsantritt unverständlicherweise nach wie vor bestehen. Diesmal wartet aber keine Schar an Babyboomern, um die entstehende Lücke dankbar zu füllen.

Anreize für den Wechsel von Teilzeit auf Vollzeit

Laut Statistik Austria wird die Zahl der Erwerbspersonen bis 2050 um 22.000 steigen, während die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter um 216.000 zurückgeht – ein drastisches Missverhältnis. Eine umfassende Arbeitskräfte- und Fachkräftestrategie ist also dringend notwendig. Denn wenn wir weniger arbeiten, gefährden wir unseren Wohlstand. Das zeigt sich auch in der unproportionalen Zunahme der Beschäftigtenzahl im Vergleich zum Arbeitsvolumen. Während die Zahl der unselbständig Beschäftigten von 2010 bis 2022 um 12,6 Prozent gestiegen ist, hat sich das Arbeitsvolumen nur um 4,2 Prozent erhöht. Österreich hat eine der höchsten Teilzeitquoten in der EU. Dies führt nicht nur zu geringeren Nettoeinkommen für die Betroffenen, sondern auch zu einer geringeren Produktivität insgesamt.

30 Minuten mehr arbeiten pro Tag

Wir brauchen also dringend Anreize, länger und mehr zu arbeiten. Natürlich gibt es zahlreiche Menschen, die aus persönlichen Gründen nicht Vollzeit arbeiten können, sei es aufgrund von Betreuungspflichten oder anderen Gründen, ein Drittel der Teilzeitbeschäftigten arbeitet jedoch freiwillig in Teilzeit. Leider begünstigt das Sozial- und Steuersystem aktuell auch Teilzeitkräfte, so steigt beispielsweise in Österreich der Nettolohn einer Teilzeitkraft, die die Wochenarbeitszeit von 20 auf 30 Stunden erhöht, um nur 28,9 Prozent – der zweitschlechteste Wert in der EU. Dies erschwert den Übergang von Teilzeit auf Vollzeit. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, gibt es unterschiedliche Hebel. Zum einen gibt es Anreize für einen Wechsel von Teilzeit auf Vollzeit, durch einen steuerlichen

Freibetrag von 5.000 Euro. Auch eine minimale Verlängerung der Arbeitszeit pro Beschäftigten um 15 Minuten am Vormittag und am Nachmittag könnte das BIP-Wachstum, in der aktuellen Lage verdoppeln und so dem Fachkräftemangel entgegenwirken und den Wohlstand sichern.

Illusion des leistungslosen Wohlstands aufgeben

Wir müssen uns den Realitäten stellen und die Illusion eines leistungslosen Wohlstands aufgeben. Es braucht eine breite gesellschaftliche Debatte über die Bedeutung von Arbeit und Leistung. Wir sollten den Mut haben, unbequeme Wahr-

Eine Erhöhung der Arbeitszeit auf 41 Stunden wäre für jeden Einzelnen ein vertretbarer Beitrag – eine halbe Stunde pro Tag je 15 Minuten vormittags und nachmittags – mit insgesamt großer Wirkung für unseren Wohlstand und unser Sozialsystem.

heiten auszusprechen und entsprechend zu handeln. Österreich hat das Potenzial, sich in einem schwierigen internationalen Umfeld zu behaupten – aber nur, wenn wir jetzt die richtigen Entscheidungen treffen.

Unser gemeinsames Ziel muss es sein, das gesamte Arbeitsvolumen in Österreich zu steigern, es gilt, mehr Menschen zu überzeugen, von Teilzeit auf mehr Arbeit umzustellen und länger im Berufsleben zu verbleiben. Eine Erhöhung der Arbeitszeit auf 41 Stunden wäre für jeden Einzelnen ein vertretbarer Beitrag – eine halbe Stunde pro Tag je 15 Minuten vormittags und nachmittags – mit insgesamt großer Wirkung für unseren Wohlstand und unser Sozialsystem. ■



Standortfaktor Arbeit: Der Arbeitsmarkt ist im Wandel

Die Lage am österreichischen Arbeitsmarkt verschlechterte sich in den vergangenen Monaten. Die schwächelnde Wirtschaftsentwicklung und hohe Arbeitskosten belasten die Betriebe der Industrie.

Die sich abwechselnden Krisen, die seit Jahren dem Industriestandort zu schaffen machen, hatten bisher nur wenig Auswirkungen auf den heimischen Arbeitsmarkt. Der österreichische

Arbeitsmarkt hat sich insgesamt als widerstandsfähig erwiesen. In den Betrieben wurden die bestehenden Aufträge abgearbeitet und keine Mitarbeiter freigesetzt.

Foto: pixabay



Um international wettbewerbsfähig zu bleiben, verlegen die Unternehmen ihre Produktion auf Standorte im Ausland.

Doch nun beginnt sich hier einiges zu ändern. Die herrschenden Rahmenbedingungen aus sehr hohen Arbeits- und Energiekosten und einer immer noch hohen Inflationsrate zwingen die heimischen Unternehmen zu reagieren, wenn sie wettbewerbsfähig bleiben wollen. Denn in anderen Ländern wird zu wesentlich geringeren Kosten produziert – und die Konkurrenz der USA, von China und Indien lässt den produzierenden Betrieben wenig Spielraum bei der Preisgestaltung. International tätige Großbetriebe versuchen ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, in dem sie ihre Produktionen an andere Standorte außerhalb von Österreich verlagern. Es droht eine Deindustrialisierung, die sich als schleichender Prozess darstellt. Noch scheinen die Dimensionen nicht

das gleiche Ausmaß angenommen zu haben, wie beispielsweise in Deutschland, wo bereits mehr als zwei Drittel der Industrieunternehmen in den letzten drei Jahren verlagert haben. In den nächsten zwei bis drei Jahren planen jedoch auch österreichische Betriebe, vorwiegend kostenintensive Teile ihrer Wertschöpfungskette noch stärker als bisher ins Ausland zu verschieben.

Doch die in Österreich vorherrschenden KMUs können in der Regel ihre Produktion nicht in ein anderes Land verlegen. Sie müssen hier produzieren und sind damit von den Kosten am Standort Österreich abhängig. Das heißt, der Mittelstand steht noch einmal stärker unter Druck, was auf Kosten von Investitionen und Arbeitsplätzen geht. Doch egal ob Abwanderung, Stilllegung oder Kündigungswelle, der Arbeitsmarkt wird stark in Mitleidenschaft gezogen. Zwar liegt die Arbeitslosigkeit noch unter dem Vorkrisenniveau von März 2019, steigt aber weiter an. Die demographische Entwicklung tut ein Übriges dazu.

Fachkräftemangel trotz Krise

Sehr wenig bis keinen Einfluss haben die aktuellen Entwicklungen auf den herrschenden Fachkräfte- und Arbeitskräftemangel in den produzierenden Betrieben. Stellt der demographisch getriebene Arbeitskräftemangel doch ein sehr starkes Gegengewicht zum konjunkturellen Abschwung dar. Auch wenn die Arbeitslosenzahlen langsam steigen, wird dies nicht ausreichen, um den Fachkräftebedarf der

Der Mittelstand ist von den Kosten am Standort Österreich abhängig und steht noch einmal stärker unter Druck, was auf Kosten von Investitionen und Arbeitsplätzen geht.

Unternehmen zu decken. Dies ist ein Trend, der sich auch in Zukunft fortsetzen wird, denn die Erwerbsbevölkerung in den größten Industrienationen schrumpft seit Jahren. Laut Statistik Austria werden

im Jahr 2050 rund 600.000 Österreicher mehr über 65 Jahre alt sein und es wird rund 300.000 weniger 20–65-Jährige geben. Das bedeutet, dass auch auf lange Sicht immer weniger Menschen auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Auch wenn diese demographische Lücke derzeit noch als starker Stabilisator des Arbeitsmarktes wirkt, so kann sich die Verknappung von Arbeitskräften zu einem Problem für Wachstum und Wohlstand entwickeln.

41-Stunden-Woche

Ein Vorschlag der Industriellenvereinigung hat in den letzten Wochen für Aufregung gesorgt. Geht es doch um das heikle Thema Wochenarbeitszeit. Während immer öfter die 32-Stunden-Woche bei gleichem Verdienst gefordert wird, geht die Industrie in die gegenteilige Richtung und denkt laut über eine Wochenarbeitszeit von 41 Stunden nach. Betrachtet man die tatsächliche Wochenarbeitszeit in Österreich, so liegt diese – ohne Teilzeit – bei 37,6 Stunden, so die Zahlen von Eurostat. Damit liegt Österreich klar unter dem EU-Durchschnitt von 38,1 Stunden und im untersten Drittel der EU-Länder.

Auch die Entwicklung der Jahresarbeitszeit zeigt einen deutlichen Trend: In den letzten zehn Jahren sind die geleisteten Arbeitsstunden je Beschäftigungsverhältnis von 1548 Stunden auf 1448 Stunden pro Jahr gesunken. Die 41-Stunden-Woche wäre also eine geeignete Maßnahme, um dem Arbeits- und Fachkräftemangel entgegenzuwirken und das Arbeitsvolumen insgesamt zu erhöhen.

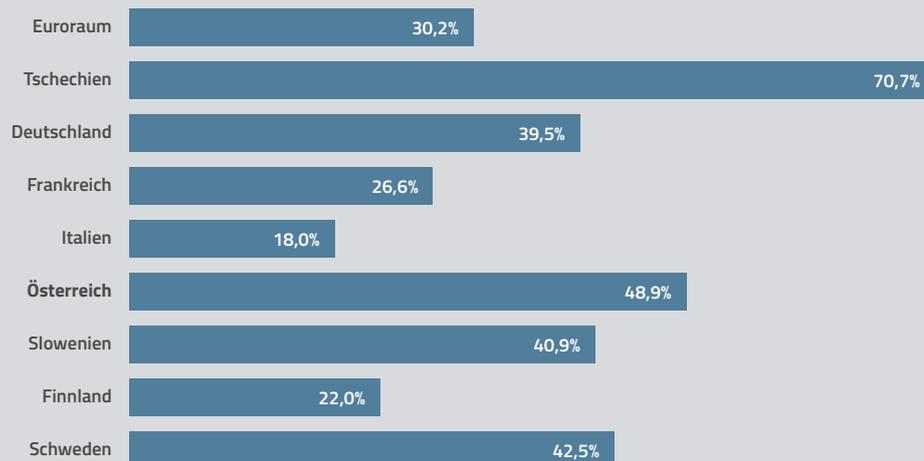
Hohe Lohnstückkosten senken

Als besondere Herausforderung für die Betriebe und als Hemmschuh bei den Exporten haben sich die Lohnstückkosten erwiesen. Sie steigen in Österreich nämlich deutlich stärker als im EU-Schnitt. Diese Entwicklung könnte sich dauerhaft auf die Wettbewerbssituation der österreichischen Unternehmen auswirken und diese schädigen.

Die Zahlen zeigen es deutlich: Die Löhne in Österreich sind zuletzt im EU-Vergleich am stärksten gestiegen. Laut der letzten WIFO-Prognose haben die KV-Abschlüsse der letzten beiden Lohnrunden zu einem massiven Anstieg bei den Lohnstückkosten geführt.

Arbeitskosten- und Lohnstückkostenentwicklung in Österreich

im internationalen Vergleich



Die Arbeitskosten je Arbeitsstunde haben sich in Österreich seit dem Jahr 2009 bis zum Jahr 2022 um rund 49 Prozent erhöht. Die Arbeitskosten haben sich in diesem Zeitraum um beinahe 20 Prozentpunkte kräftiger entwickelt als im Euroraum und um 10 Prozentpunkte stärker als in Deutschland.

Quelle: Eurostat, ECO Austria, WKO



Die Industrie kämpft mit einer Steigerung der Lohnstückkosten um 30,4 Prozent seit 2015.

Im Bereich der Herstellung von Waren sprechen wir sogar von mehr als 20 Prozent (2023: + 11,8 % und 2024: + 9,6 %). Mit einer Steigerung der Lohnstückkosten um 30,4 Prozent seit 2015 lag die Erhöhung bis zum Vorjahr um rund zehn Prozentpunkte über dem EU-27- und dem Euroraum-Schnitt. Bis 2025 werden die Lohnstückkosten nach den Prognosen der Europäischen Kommission sogar um 43,5 Prozent gestiegen sein – und damit um rund 15 Prozentpunkte höher liegen als in den Ländern der EU-27 oder des Euroraums.

„Was es jetzt braucht, sind Maßnahmen, die den Faktor Arbeit entlasten und den Wirtschaftsstandort stärken. Es gilt vor allem die Lohnnebenkosten deutlich zu senken, damit der Druck auf Arbeitsplätze in der Industrie gemildert wird und sich Betriebe das für eine konjunkturelle Stabilisierung, die sich für das 2. Halbjahr abzeichnet, notwendige Personal auch leisten können“, bekräftigt Christoph Neumayer, Generalsekretär der IV.

Da wir uns heuer in einem Wahljahr befinden, steht jedoch zu befürchten, dass es kein Reformpaket der derzeitigen Regierung geben wird, um den Faktor Arbeit zu entlasten. Dabei liegt hier der Schlüssel, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Unser Wohlstand hängt am berühmten

Unser Wohlstand hängt am berühmten seidenen Faden, denn Wertschöpfung, Arbeitsplätze und die Existenz der heimischen Leitbetriebe sind in akuter Gefahr.

seidenen Faden, denn Wertschöpfung, Arbeitsplätze und die Existenz der heimischen Leitbetriebe sind in akuter Gefahr. ■

Autorin: Herta Scheidinger

Österreich vs. Schweiz – ein Ländervergleich

Blickt man über die Grenzen in die Schweiz, bringt ein ökonomischer Vergleich einigen Aufschluss über den Erfolg unseres Nachbarlandes.

O bwohl Österreich flächenmäßig doppelt so groß ist wie die Schweiz und annähernd gleich viele Einwohner hat, ist das BIP pro Kopf der Schweiz mit 778,1 Mrd. Euro fast doppelt so hoch wie das in Österreich mit 447,7 Mrd. Euro. Ein Grund für den wirtschaftlichen Erfolg liegt sicher in der Vergangenheit, da die Schweiz durch die beiden Weltkriege und den Wiederaufbau nach dem Krieg wirtschaftlich weniger belastet wurde. Seit 1960 verzeichnet die Schweiz nun schon ein kontinuierlich stärkeres Wachstum als Österreich. Obschon sich der starke Franken in der Schweiz negativ auswirkte.

Ein Einschnitt kam in den Corona-Jahren. Während Österreich die Corona-Hilfen 11 Prozent des BIP und die Antiteuerungspakete 7,1 Prozent des BIPs wert waren, schüttete die Schweiz lediglich 6,8 Prozent des BIP an Corona-Hilfen aus, Antiteuerungspakete gab es keine. Trotzdem hat sich die Wirtschaft in der Schweiz schneller und besser erholt.

Der Arbeitsmarkt

Erst kürzlich sorgte die Debatte über eine Wochenarbeitszeit von 41 Stunden für Aufregung. Hier schöpft die Schweiz ihr Arbeitskräftepoten-

tial stärker aus als Österreich. Die Schweizer arbeiten im Durchschnitt 42,7 Stunden und generieren pro Arbeitsstunde eine höhere Wertschöpfung als die Österreicher.

Fakten

		
Fläche	41.285 km ²	83.883 km ²
BIP (2022)	778,1 Mrd. EUR	447,7 Mrd. EUR
Bevölkerung (2023)	8,9 Mio.	9,2 Mio.

Quelle: IV

Umgang mit Corona und Teuerungswelle

Hilfspakete für Krisen waren in der Schweiz deutlich kleiner

Dennoch hat sich Wirtschaft besser erholt

		
Corona-Hilfen (Mrd. Euro)	44,2	40,9
Corona-Hilfen (% BIP)	6,8%	11,0%
Antiteuerungs-Pakete (Mrd. Euro)	0	31,7
Antiteuerungs-Pakete (% BIP)	0	7,1%
in Summe (Mrd. Euro)	44,2	72,6
in Summe (% BIP)	6,8%	18,1%

Fiscal Measures - Non-Health Sector (IMF, Fiscal Monitor Database of Country Fiscal Measures in Response to the COVID-19 Pandemic, 2021)
Gesamtübersicht über alle Entlastungspakete, oesterreich.gv.at, 2023;
23.016, AHVG, Änderung (Anpassung der Renten an die Teuerung),
parlament.ch

Arbeitsmarkt im Vergleich

2023		
Erwerbstätige in Mio.	5,3	4,5
Durchschnittlich pro Woche geleistete Arbeitsstunden (Vollzeit)	42,7	35,1
Arbeitsvolumen (geleistete Arbeitsstunden) in Mrd. Stunden	7,922	6,989
Teilzeitquote in %	40	30,5
Arbeitslosenquote in %	2,4	6,4

Quelle: IV, AMS, Arbeit.swiss

Wettbewerbsfähigkeit (Rankings, 2023)

Name		
The World Competitiveness Ranking	3.	24.
Global Innovation Index	1.	18.
Index of Economic Freedom	2.	23.
Global Sustainable Competitiveness Index	4.	8.

Quelle: IV

Unternehmensfreundlich

Im direkten Vergleich mit Österreich sticht insbesondere die Einstellung zu Wirtschaft und Unternehmertum positiv hervor. Die Schweiz hat ihre Stärken in Bildung, Innovation, Arbeitsproduktivität und einer stabilen Finanzpolitik gefunden. Das zieht internationale Investoren an und begünstigt die Gründung und Entwicklung von Unternehmen und schafft ein günstiges Umfeld für wirtschaftliches Wachstum. Auch die Rahmenbedingungen kommen den Unternehmen entgegen. Die Abgabenquote liegt in der Schweiz inkl. Krankenkassen bei 30 Prozent (Österreich 43 %), die Staatsverschuldung liegt bei 40 Prozent, in Österreich beträgt diese 80 Prozent.

Flexicurity: Verspielt Österreich seine Chancen?

Die Arbeitsmarktpolitik der Schweiz und Dänemarks ist ein Paradebeispiel dafür, wie Flexibilität und soziale Sicherheit harmonisch kombiniert werden können. Diese Flexicurity-Modelle sind nicht nur erfolgreicher als die traditionelleren Modelle in Österreich und Deutschland, sondern bieten der Schweiz erhebliche Standortvorteile.

In der Schweiz betrug die Arbeitslosenquote im März nur 2,4 Prozent, während sie in Deutschland bei sechs Prozent und in Österreich bei 6,4 Prozent lag. Dänemark verzeichnet ähnliche Erfolge in der Arbeitsmarktpolitik wie die Schweiz. Das Geheimnis hinter dem Erfolg beider Länder sind die sogenannten Flexicurity-Modelle. Diese Arbeitsmarktstrategien kombinieren flexible Arbeitsregelungen mit umfassender sozialer Sicherheit. Dadurch können Unternehmen Arbeitnehmer leicht einstellen und entlassen, während die Beschäftigten durch großzügige Arbeitslosenunterstützung und aktive Arbeitsmarktprogramme abgesichert werden.

Intensive Wiedereingliederungsmaßnahmen

Ein zentrales Element des Flexicurity-Ansatzes ist eine aktive Arbeitsmarktpolitik. In Dänemark werden fast zwei Prozent des BIP für aktive Arbeitsmarktprogramme ausgegeben, während Deutschland und Österreich nur etwa 0,4 Prozent ausgeben. Diese Programme umfassen Weiterbildung, Umschulung und intensive Unterstützung bei der Jobsuche, was die Beschäftigungsfähigkeit erhöht und die Langzeitarbeitslosigkeit reduziert. Die Schweiz investiert ebenfalls stark in solche Maßnahmen, was zu einer niedrigeren Langzeitarbeitslosigkeit und einer besseren Arbeitsmarktintegration führt.

Vorteile für Unternehmen & Mitarbeiter

Unternehmen profitieren von der hohen Anpassungsfähigkeit und Flexibilität der Arbeitsmarktgesetze, die es ihnen ermöglichen, schnell auf Marktveränderungen zu reagieren. Diese Anpassungsfähigkeit fördert Investitionen, da Unterneh-

men weniger Risiko bei Personalentscheidungen eingehen. Dies führt zu einer insgesamt dynamischeren Wirtschaft, die schneller auf globale Marktveränderungen reagieren kann. Mitarbeiter profitieren von der hohen Arbeitsplatzsicherheit und den umfassenden Unterstützungsmaßnahmen bei Arbeitsplatzverlust. Dies sorgt für eine hohe Beschäftigungsrate und geringere Langzeitarbeitslosigkeit.

Migration als Vorteil

Die Flexicurity-Modelle der Schweiz und Dänemarks fördern auch die Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt. Die Schweiz weist eine hohe Quote erfolgreicher Arbeitsmarktintegration von Migranten auf, was dem Fachkräftemangel entgegenwirkt. In Österreich und Deutschland ist die Integration von Migranten aufgrund starrer Arbeitsmarktstrukturen oft schwieriger, was auch zu höheren Arbeitslosenquoten führt.

Ein Modell mit Zukunft

Die Kombination aus Flexibilität und Sicherheit macht die Schweizer und Dänische Arbeitsmarktpolitik zu einem echten Standortvorteil. Sie fördert Investitionen, Innovationskraft und soziale Stabilität, was die Schweiz zu einem der attraktivsten Wirtschaftsstandorte weltweit macht. Unternehmen profitieren von der Möglichkeit, schnell auf Marktveränderungen zu reagieren, während Arbeitnehmer von einer hohen Beschäftigungssicherheit und umfassenden Unterstützung profitieren. Dieses Modell ist nicht nur ein Vorbild für Europa, sondern auch ein starker Wettbewerber auf dem globalen Markt. ■



Verhaltensökonom
Gerhard Fehr
über Standortvorteile
durch Flexicurity-
Modelle.

Bei Takeda sind 4.500 Mitarbeitende entlang der gesamten pharmazeutischen Wertschöpfungskette beschäftigt.



Auf der Suche nach Lösungen für die Arbeitsmarktprobleme

Unternehmen quer durch die Branchen stehen vor besonders anspruchsvollen Herausforderungen. Die steigenden Kosten für Arbeitskräfte machen sich empfindlich bemerkbar.

Es ist unbestritten, dass sich der Industriestandort Österreich bei großen internationalen Konzernen wie auch bei heimischen Leitbetrieben traditionell großer Beliebtheit erfreut. Im Vorjahr investierten internationale Unternehmen rund

ziehen produzierende Unternehmen Teile ihrer Wertschöpfungsketten ins Ausland ab. Die hohen Arbeitskosten tragen daran sicher eine Mitschuld.

Viele Unternehmen treiben deshalb auch die Automatisierung und Digitalisierung voran, um den Kostenfaktor Arbeit und den Arbeitskräftemangel in den Griff zu bekommen. Die Automatisierung kann also als zukünftiger Ersatz für Arbeitskräfte angesehen werden, da sie das Problem des Arbeitskräftemangels löst. Sich wiederholende und anstrengende manuelle Tätigkeiten können den Maschinen überlassen werden, spezielle Arbeitskräfte werden für diese Tätigkeiten nicht gebraucht. Wir haben bei den Unternehmen nachgefragt, wie sie dem Wandel am Arbeitsmarkt begegnen und welche Strategien sie haben.



„Was wir brauchen, um unsere Wettbewerbsfähigkeit auch zukünftig abzusichern und zu steigern, sind geeignete Rahmenbedingungen und Stabilität.“

Maria Löflund
Vorstandsmitglied Takeda

1,4 Milliarden Euro im Zuge von 325 Betriebsansiedlungen und -erweiterungen in Österreich. Doch langsam verliert der Standort an Attraktivität. Zu hoch sind die Kosten bei der Produktion. Deshalb

„Zuerst möchte ich zum Ausdruck bringen, welche Vorteile sowie positiven Aspekte unser Wirtschaftsstandort mit sich bringt: In Österreich herrscht eine sehr gute Ausbildungsqualität der potenziellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Bildungs- und



Die Lohnkosten müssen bei Mark mittelfristig über Automatisierung kompensiert werden.

Forschungslandschaft ist ausgezeichnet, daher gibt es viele motivierte Talente. Außerdem ist Österreich ein beliebter Life-Science-Standort, mit einer hohen Lebensqualität und guten sowie umweltfreundlichen Infrastruktur, speziell auch im öffentlichen Nahverkehr. Zusätzlich ist Österreich in der Mitte Europas gelegen und somit gut erreichbar“, zählt Maria Löflund, Vorstandsmitglied beim Pharmakonzern Takeda in Österreich und Leiterin des Produktionsstandortes in Wien, die Vorteile auf. „Was wir brauchen, um unsere Wettbewerbsfähigkeit auch zukünftig abzusichern und zu steigern, sind geeignete Rahmenbedingungen und Stabilität. Dies bringt für die Wirtschaft die Sicherheit, die sie benötigt, um langfristig planen zu können“, so Löflund weiter.“

Der internationale Pharmakonzern hat in Österreich eine lange Tradition. Rund 4.500 Mitarbeitende arbeiten hier entlang der gesamten pharmazeutischen Wertschöpfungskette: von der Forschung und Entwicklung von Medikamenten über deren Produktion bis hin zur Versorgung der österreichischen Bevölkerung und des Vertriebs in über hundert andere Länder. Dementsprechend vielfältig sind die Aufgaben, „denn durch unseren innovativen Drive und die laufenden Digitalisierungs- sowie Automatisierungsprozesse werden die Arbeitsweisen und benötigten Ausbildungen für die unterschiedlichen Tätigkeitsbereiche immer differenzierter“, sagt Löflund. Künstliche Intelligenz spielt heutzutage ebenfalls eine große Rolle bei der Effizienzsteigerung. Vor allem für IT-Experten und Techniker werden in der Produktion laufend neue Arbeitsfelder geschaffen. „Wir arbeiten in Teilbereichen des Produktionsprozesses 24/7 mit unterschiedlichsten Schicht-

modellen. Als familienfreundliches Unternehmen beschäftigen wir auch viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in Teilzeit, Gleitzeitmodellen und hybrid arbeiten. Wir bemühen uns für die jeweilige Tätigkeit und für die jeweiligen individuellen Bedürfnisse die optimale Arbeitszeitgestaltung zu finden, um sie mit der privaten Familiensituation gut zu

„Die Lohn(neben)kosten sind im Vergleich zu anderen EU-Ländern oder dem internationalen Wettbewerb überdurchschnittlich stark gestiegen.“

**Christina Rami-Mark,
Geschäftsführerin Mark Metallwaren**



vereinbaren. Wir sind stolz auf unsere Unternehmenswerte und, dass unsere Mitarbeiter-Benefits für ein wertschätzendes Arbeitsumfeld sorgen. Optimale und EU-weite Rahmenbedingungen sind wichtig für unseren Standort in Österreich. Von den staatlichen Vorgaben erwarten wir in erster Linie gute Planbarkeit. Das bedeutet im Fall von Änderungen der Normalarbeitszeit, dass wir entsprechende Vorlaufzeiten benötigen.“

Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt

Wie sieht Christina Rami-Mark, Geschäftsführerin Mark Metallwarenfabrik, die Attraktivität des



Bei AT&S fordert man eine steuerliche Entlastung der Überstunden für die Unternehmen und die Mitarbeiter..

Standorts, hat sie doch ihrem Sitz im Industriebundesland Oberösterreich? „Der Standort Oberösterreich hat in der letzten Zeit viel an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt, vorwiegend durch hohe Inflation, Energiekosten und damit verbunden hohe Lohn(neben)kosten, die im Vergleich zu anderen EU-Ländern oder dem internationalen Wettbewerb überdurchschnittlich stark gestiegen sind. Trotz dieser Herausforderungen bietet die Region aber die besten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit herausragendem Know-how und eine bemerkenswerte Verlässlichkeit. Die Lohnkosten müssen mittelfristig über Automatisierung kompensiert werden. Um den Standort nachhaltig

Kosteneinsparungsprogramme

Der Technologie-Konzern AT&S steht vor allem im Wettbewerb zu asiatischen Anbietern, wie Erwin Zarfl, SVP Corp. Human Resources erklärt. „Hier ist die Schere der Lohnstückkosten noch viel größer: In Österreich sind die Gehälter in unserer Branche nach den KV-Abschlüssen in den letzten vier Jahren über 30 Prozent angestiegen, in Asien nicht einmal halb so viel. Die Energiekosten in Österreich sind wesentlich stärker gestiegen als in Asien. Kunden sind nicht bereit, diese Erhöhungen mitzutragen – deshalb Kosteneinsparungsprogramme, die auch den Abbau von Mitarbeitern beinhalten, wie kürzlich angekündigt. Einer Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf 41 Stunden kann Zarfl nicht viel abgewinnen: „Faktum ist, das bereits jetzt viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Überstunden leisten – hier wäre eine steuerliche Entlastung für diese Überstunden für die Unternehmen und die Mitarbeiter erforderlich. Damit können wir Anreize für Mehrarbeit schaffen.“



„In Österreich sind die Gehälter in unserer Branche nach den KV-Abschlüssen in den letzten vier Jahren über 30 Prozent angestiegen.“

Erwin Zarfl,
SVP Corp. Human Resources bei AT&S

wettbewerbsfähig zu machen, fordert sie von der Politik die Förderung von Bildung und Fachkräfteausbildung, um das Know-how und die Qualifikationen der Arbeitskräfte weiter zu verbessern. Investitionen in Forschung und Entwicklung, um Innovationen voranzutreiben und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu stärken.

Der Fachkräftemangel in der Branche hat sich vor allem durch die demografischen Entwicklungen verschärft. Und auch mit anderen Problemen kämpft der Technologiekonzern. „Homeoffice als gängiges Arbeitsmodell hat dazu geführt, dass es schwieriger wird Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den jeweiligen Standort zu bringen, da viele davon ausgehen, ohnehin einen Großteil der Arbeit von zuhause aus erledigen zu können. Grundsätzlich unterstützen wir dieses Modell sehen aber nach wie vor die Notwendigkeit und



Für nicht wertschöpfende Tätigkeiten nutzt Teufelberger Digitalisierung und Automatisierung.

Sinnhaftigkeit der persönlichen Kontakte – dies auch als wesentlicher Bestandteil einer Unternehmenskultur“, betont Zarfl.

Damit der Industriestandort Österreich wettbewerbsfähig bleibt, fordert Zarfl verschiedene Entlastungs- und Unterstützungsmaßnahmen. Dazu zählt auch die Mobilisierung zusätzlicher potenzieller Fachkräfte, dafür soll die Frauenförderung gezielt umgesetzt werden. Beispielsweise soll eine IKT- und MINT-Offensive mit Maßnahmen zur Überwindung von Rollenklischees unter Einbeziehung von Rolemodels und Influencerinnen gestartet werden. Eine weitere Optimierung der Rahmenbedingungen für den Zuzug technisch qualifizierter Fachkräfte (z. B. Rot-Weiß-Rot-Karte, Vermittlungsservices wie „Work in Austria“, Relocation-Service für Wohnungsvermittlung) soll ebenfalls Ergebnisse bringen. „Und die steuerliche Entlastungen von Löhnen und Gehältern insbesondere bei Überstunden für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Unternehmen. Die Kollektivverträge und die damit verbundenen Verhandlungen sollen ins 21. Jahrhundert gebracht und den aktuellen Rahmenbedingungen angepasst werden – und nicht auf der Basis von alten Formeln (z. B. der Benya-Formel) verharren“, so Zarfl.

Automatisierung und Digitalisierung

Die Automatisierung hat in den letzten Jahren eine immer größere Bedeutung für Unternehmen erlangt. Durch die Implementierung automatisierter Prozesse können nun auch die Kosten reduziert und die Effizienz gesteigert werden.

Auch für den Seilehersteller Teufelberger stellen die Arbeitskosten ein großes Problem dar. „Die dramatische Steigerung der Personalkosten in Österreich, losgelöst vom Rest der Welt, stellen eine besondere Herausforderung dar. Wir müssen sicherstellen, dass wir die teure Arbeitszeit noch viel konzentrierter auf das Schaffen von Nutzen

„Die dramatische Steigerung der Personalkosten in Österreich, losgelöst vom Rest der Welt, stellen eine besondere Herausforderung dar.“

Florian Teufelberger,
Teufelberger



für unsere weltweiten Kunden richten“, sagt Florian Teufelberger, der an der Spitze des Familienunternehmens steht. Er sieht die Automatisierung als Lösung. „Wir müssen die Kreativität und das Engagement unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch mehr fördern und alle Instrumente der Vereinfachung von nicht wertschöpfenden Tätigkeiten durch Digitalisierung und Automatisierung nutzen“, so Teufelberger. So wird durch den Einsatz von Technologien und Systemen, die menschliche Arbeit durch maschinelle Prozesse ersetzt oder unterstützt.

Autorin: Herta Scheidinger



„Trotz steigender Arbeitslosigkeit haben wir noch immer einen Fachkräftemangel“

Johannes Kopf, Vorstand des Arbeitsmarktservice, spricht im Interview über die aktuelle konjunkturelle Lage, die Diskriminierung älterer Arbeitskräfte und das große Potenzial von Frauen am Arbeitsmarkt.

Die schwächelnde Konjunktur belastet weiterhin den heimischen Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenzahlen steigen weiter. Im Interview beleuchtet AMS-Chef Johannes Kopf, die aktuellen Herausforderungen am Arbeitsmarkt und spricht über Strategien zur Bekämpfung des Fachkräftemangels.

Die schwächelnde Industrie- und Bauwirtschaft belastet weiterhin den heimischen Arbeitsmarkt. Ende April gab es im Vergleich zum Vorjahresmonat um 11,1 Prozent mehr Personen ohne Job. Arbeitslose und AMS-Schulungsteilnehmer zusammengerechnet waren 367.847 Personen (+36.691) ohne Beschäftigung. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich um

Foto: Tanja Hofer



0,6 Prozentpunkte auf 6,8 Prozent. Wird sich dieser Trend 2024 weiter fortsetzen?

Johannes Kopf: Anzeichen für eine konjunkturelle Erholung sind am österreichischen Arbeitsmarkt aktuell noch nicht zu erkennen. Alle Branchen sind von der steigenden Arbeitslosigkeit betroffen. Am stärksten wirkt sich der Anstieg auf Handel und Produktion aus (+6.400 Personen im Handel und +4.400 Personen in der Warenproduktion). Ein weiterer Hinweis für eine noch nicht unmittelbar bevorstehende Erholung ist der abermalige Rückgang an offenen Stellen, die dem AMS gemeldet werden. Zusammenfassend muss

ich sagen: Noch sehe ich den Silberstreif am Horizont nicht.

Trotz der ausgeprägten aktuellen wirtschaftlichen Krise ist die Arbeitslosenquote aber in Vergleich zu den Jahren 2015/16 oder auch 2020 (Pandemie) eigentlich vergleichsweise niedrig. Wie lässt sich das erklären?

Die Unternehmen sind immer noch vorsichtig bei der Freisetzung von Mitarbeiter. Nach der Pandemie gab es eine rasche Erholung der Wirtschaft, was zu einem Fachkräftemangel geführt hat. Viele Betriebe konnten damals die offenen Stellen nicht mehr besetzen. Das wirkt heute noch nach.

Die Wirtschaft klagt regelmäßig, dass ihr Fachkräfte fehlen. Eine Studie der Wirtschaftskammer besagt, dass es 2040 – ohne Gegenmaßnahmen – 570.000 offene Stellen geben könnte. Zudem schlägt die Demografie zu: Laut Statistik Austria gibt es 2040 beachtliche 240.000 weniger 20- bis 65-Jährige als heute. Hat sich durch die aktuelle Krise der Fachkräftemangel abgemildert?

Wir haben trotz steigender Arbeitslosigkeit in manchen Branchen bzw. Regionen noch immer einen Fachkräftemangel. Dies zu beheben, ist nicht trivial. So werden wir etwa die grüne Transformation ohne gut ausgebildete Arbeits- und Fachkräfte nicht schaffen. Es wird ein Bündel an Maßnahmen brauchen, um hier gegenzusteuern. Wir setzen daher neben der Rot-Weiß-Rot-Karte auf Qualifizierungen, Förderungen, spezielle Programme wie etwa zur Ausbildung in Pflegeberufen und natürlich auf die Beratung von Unternehmen: Wir raten Unternehmen ihre eigenen Mitarbeiter höher zu qualifizieren, zu Fachkräften auszubilden und damit langfristig an die eigene Firma zu binden und ihnen attraktive Karrieren anzubieten. Mit einer nachhaltigen Personalarbeit kann dem Fachkräftemangel auf einem dynamischen Arbeitsmarkt erfolgreich begegnet werden.

Sehen sie einen Ausweg aus der Lage mit dem enormen Fachkräftemangel?

Im Unterschied zu vielen anderen europäischen Ländern haben wir ein wachsendes Arbeitskräfteangebot. Zwischen 2010 und 2019 sind rund 616.000 Menschen neu in den Arbeitsmarkt ge-

Wir brauchen ein Anheben der Frauenbeschäftigung. Da geht es nicht nur um die Quote, also ob Frauen überhaupt arbeiten, sondern auch um die Stunden.

kommen: 580.000 aus dem Ausland, meist aus der EU und Geflüchtete, rund 30.000 aus dem Inland. Aber auch bei uns wirkt die Demografie, wir haben mehr 65-Jährige als 15-Jährige. 2021 war das erste Jahr, wo die Zahl der Inländer am Arbeitsmarkt um 25.000 gesunken ist. Das war auch das erste Jahr, wo geschrien wurde: Arbeitskräftemangel. Doch es gibt etwas, das uns hilft.

Was wäre das?

Vor mehr als 30 Jahren hat der Verfassungsgerichtshof entschieden, dass das unterschiedliche Pensionsalter für Frauen und Männer verfassungswidrig ist. Der Nationalrat hat daraufhin ein Verfassungsgesetz beschlossen, dass die fünf Jahre Unterschied bleiben. Gleichzeitig hat man entschieden, dass eine Angleichung in ferner Zukunft stattfinden soll. Diese mehr als 30 Jahre sind jetzt um. Zu einem Zeitpunkt, der gar nicht schlecht ist. Es ist ein Riesenglück, dass das damals beschlossen wurde. Dank dieser Regelung wird es die nächsten 10 Jahre pro Jahr zwischen 10 und 15.000 mehr Frauen am Arbeitsmarkt geben.

Bis heute wird aber beklagt, dass viele Frauen nur Teilzeit und nicht Vollzeit arbeiten. Was müsste hier passieren?

Wir brauchen eindeutig ein Anheben der Frauenbeschäftigung. Da geht es nicht nur um die Quote, also ob Frauen überhaupt arbeiten, sondern

auch um die Stunden. Daher brauchen wir flächendeckend Ganztageskinderbetreuung. Und zwar ganzjährig. Rund zehn Prozent der Kindergärten haben immer noch mehr als 51 Schließtage. Das finde ich ja besonders komisch, denn das geht sich nicht einmal aus, wenn die beiden Elternteile von ihren je 25 Urlaubstagen gar keinen miteinander verbringen. Aber jetzt verbessert es sich langsam. Als es um Frauenpolitik oder Armutsbekämpfung gegangen ist, ist nichts weitergegangen. Jetzt wo es um den Arbeitskräftemangel geht, bewegt sich etwas.

Laut einer Sora-Studie im Auftrag des AMS zufolge werden Menschen über 50 und Langzeitarbeitslose seltener zu Vorstellungsgesprächen eingeladen als jüngere Bewerber und solche, die erst seit kurzem arbeitslos sind. Warum leisten sich Unternehmen diese Diskriminierung von Langzeitarbeitslosen und älteren Arbeitnehmern, obwohl sie so dringend Arbeitskräfte suchen?

Tatsächlich zeigte die Studie, dass es bei zwölf Prozent der Bewerbungen zu einer Ungleichbehandlung aufgrund des Alters kommt und bei sieben Prozent der Bewerbungen bei Langzeitarbeitslosigkeit. Höheres Alter und Langzeitarbeitslosigkeit führen zu einer geringeren Wahrscheinlichkeit, zu einem Erstgespräch eingeladen zu werden. Um den Personalmangel zu lindern, ist man gut beraten, auch die eigenen Rekrutierungsprozesse zu reflektieren. Viele Betriebe sind heute bereits vorbildlich und haben ein Auge darauf, keine Ungleichbehandlung aufkommen zu lassen. Möglicherweise passieren manche Ungleichbehandlungen ja auch unbewusst. Unser Appell lautet: Nutzen Sie die Potenziale der Menschen, die sich bei Ihnen bewerben und reflektieren Sie Ihre Vorgehensweise bei Bewerbungsprozessen, um kein Potenzial zu übergehen.

Was müssen Unternehmen heute anders machen, um an ihre Mitarbeiter zu kommen? Braucht es hier ein neues Mindset in den HR-Abteilungen?

Unternehmen können mit nachhaltiger Personalarbeit den aktuellen Herausforderungen auf dem

sehr dynamischen Arbeitsmarkt erfolgreich begegnen. Unsere Berater des AMS unterstützen dabei, potenzielle Mitarbeiter erfolgreich anzusprechen, Mitarbeiter zu gewinnen, an das Unternehmen zu binden und die Kompetenzen der Mitarbeiter bedarfsgerecht und zukunftsweisend weiterzuentwickeln.

Wie kann man sich eine Beratung von HR-Verantwortlichen durch Berater des AMS vorstellen?

Unterstützung bekommen die Unternehmen, wenn es etwa um Tipps zur Gestaltung von Karriereseiten im Web geht, für gutes Bewerbermanagement und zum Onboarding für eine erfolgreiche Integration von Neu-, Quer- oder Wiedereinsteiger. Bei Unternehmen besonders beliebt ist die Impulsberatung, die als umfassendes und für Unternehmen kostenfreies Unternehmensberatungsangebot der Weiterentwicklung und Stärkung der Personalstrategie dient.

Ist unser Bildungssystem richtig ausgerichtet, um Jugendliche auf den zukünftigen Arbeitsmarkt vorzubereiten?

Ganz grundsätzlich kann man sagen, dass gebildete Menschen leichter lernen. Selbst jemand, der Altgriechisch studiert hat, hat bessere Chancen, als jemand, der nicht studiert hat, weil sein Hirn trainiert ist. Heißt überspitzt formuliert: Es gibt einen Trost: Selbst wenn unsere Kinder teilweise in der Schule immer noch das Gleiche lernen, wie vor Jahrzehnten, wird das Hirn trainiert.

Bis 2040 wird die Zahl der Personen mit Lehre um 250.000 sinken, während die Zahl der Akademiker um 300.000 steigen soll. Ist diese Entwicklung wünschenswert?

Das ist tatsächlich ein Problem für die produzierende Industrie, aber es noch kein Problem für den Arbeitsmarkt. Unser Arbeitsmarkt wird Hochqualifizierte gerne aufnehmen. Denn wie schon gesagt, Lernfähigkeit und Lernbereitschaft ist eine der wichtigsten Fähigkeiten auf einem sich so schnell veränderten Arbeitsmarkt.

Bildung ist unbestritten der wichtigste Faktor gegen Arbeitslosigkeit. Aber wird von staatlicher Seite ausreichend dafür getan, dass alle österreichischen Kinder und Jugendlichen ausreichend Bildung erfahren?

Im Bildungssystem haben wir schon ein Thema: Wir haben bei Personen mit Pflichtschulabschluss eine Arbeitslosenquote von ca. 20 Prozent, bei Personen mit Lehre rund sechs Prozent. Da müssen wir dagegen halten und mehr Geld in Kindergärten und Volksschulen investieren, damit im Idealfall kaum jemand das Bildungssystem mit lediglich Pflichtschulabschluss verlässt.

Angesichts der aktuellen Herausforderungen und der sich wandelnden Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt: Welche entscheidenden Schritte sollte die heimische Politik jetzt unternehmen, um die Arbeitslosigkeit effektiv zu bekämpfen und gleichzeitig den Fachkräftemangel langfristig zu lösen?

Wenn ich mir nur eine Sache wünschen könnte, dann wäre es die massive Frühförderung im Kindergarten. Das ist eigentlich kein Arbeitsmarktthema, aber es ist das, was langfristig die stärkste Wirkung hätte. Darüber hinaus brauchen wir

Wenn ich mir etwas wünschen könnte, dann wäre es eine massive Frühförderung im Kindergarten. Das hätte langfristig die stärkste Wirkung.

gute, flächendeckende Ganztagsbetreuung, damit wir auch das Potenzial von Frauen besser nutzen können. Außerdem sollte man die Schnittstellen zwischen Sozialsystemen, Sozialhilfe und Arbeitslosengeld, geringfügiger Zuverdienst, Kombilohn so regeln, dass es weniger Anreize gibt, in der Arbeitslosigkeit zu verharren. Und sonst: Geld ausgeben für Qualifizierung. Für ganz viele Probleme unserer Welt ist die Antwort Bildung. ■

Autor: Stephan Scoppetta



Die österreichische Umwelttechnik-Wirtschaft als Haltegriff in der Wirtschaftskrise

Die österreichische Umwelttechnik-Wirtschaft ist zu einem bedeutsamen und leistungsstarken Teil der heimischen Volkswirtschaft herangewachsen.

Trotz zahlreicher globaler Wirtschaftskrisen präsentiert sie sich mit einem überdurchschnittlichen und in Summe günstigen Entwicklungsverlauf. Mit ihren zahlreichen Verästelungen über die Wertschöpfungskette ist sie in der österreichischen Wirtschaft fest verankert. Rund 1.100 Industrieunternehmen und mehr als 2.000 Dienstleister mit umwelttechnischem Bezug schaffen wertvolle Arbeitsplätze.

Den größten Anteil daran haben produktionswirtschaftliche Strukturen. In der langjährigen Betrachtung zeigt sich für die Umwelttechnik-Industrie ein kontinuierlicher Aufwärtstrend. Laut der aktuellen vom Industriewissenschaftlichen Institut (IWI) im Auftrag von BMK, BMAW und WKO¹ durchgeführ-

ten Erhebung der österreichischen Umwelttechnik-Wirtschaft hat sich die Anzahl der Arbeitsplätze seit 1993 ungefähr vervierfacht, der Umsatz aus umwelttechnischen Aktivitäten in etwa verneunfacht. Auch bei allen anderen wesentlichen ökonomischen Maßzahlen gibt es eine positive Entwicklung, die sich weit überdurchschnittlich präsentiert.

Ein wichtiger Grund für die Positionierung als Wachstumsmotor ist die stabile Unternehmens- und Branchenstruktur. Das Angebot der österreichischen Umwelttechnik-Industrie ist sehr differenziert. Am häufigsten sind Unternehmen in den Technologiebereichen Erneuerbare Energietechnologien, Abfall-/Recyclingtechnologien und Kreislaufwirtschaft, Energieeffizienztechnologien

und Wasser-/Abwassertechnologien aktiv. Ebenfalls häufig, wenn auch in etwas geringerer Zahl, sind Unternehmen in den Bereichen Nachhaltiges Bauen und Sanieren und Wärmenetze/-speicher tätig. Etwas kleiner sind die Bereiche Luftreinhaltung/Emissionsschutz und Mess-/Steuer-/Regeltechnik, Umweltbeobachtung und Lärmschutz.

Das Angebot an umwelttechnischen Produkten ist dementsprechend vielfältig. Es umfasst beispielsweise Photovoltaikanlagen, Stromspeicher, Batterien, Stromladestellen, Transformatoren, Windkraftanlagen, Wasserstoffanlagen, Wärmepumpen, solar-thermische Anlagen, Biomasse- und Biogasanlagen, Abfallaufbereitungs-, Zerkleinerungs- und Trennungsanlagen, Klär- und Wasseraufbereitungsanlagen und Anlagen zur Rauchgasreinigung. Neben vollständigen Anlagen werden auch zahlreiche Komponenten und Teile für umwelttechnische Produkte angeboten wie etwa Turbinen, Katalysatoren und Filter. Einen eigenen Bereich stellt die Messtechnik dar. Hier umfasst das Angebot neben der eigentlichen Mess-Steuer- und Regeltechnik auch spezifische Elektronikteile und Sensoren. Ein weiteres Angebotsfeld sind umweltfreundliche Materialien wie etwa Recycling-Baustoffe sowie umweltfreundliche Kunststoffe und Verpackungen.

Oft werden von den Produzenten auch dazugehörige Dienstleistungen wie Montage, Wartung, Planung, Beratung, Messung, Optimierung, Monitoring und Audits angeboten.

Diese Leistungen werden sowohl von Großunternehmen als auch von KMU erbracht, welche untereinander hochgradig vernetzt sind. Umwelttechnik-Dienstleister zeigen ebenso ein diversifiziertes Branchenspektrum. Die meisten Dienstleistungsunternehmen bieten umwelttechnologische Beratungsleistungen (Energieberatung, Abfallberatung, Umweltberatung, Gutachten) und technische Planungs- und Beratungsleistungen (Machbarkeitsstudien, Wirtschaftlichkeitsstudien, Projektmanagement, Entwurfsplanung, Genehmigungsplanung, Vergabeorganisation) an. Danach folgt die Gruppe der Projektentwickler (Untersuchungen,

Entscheidungsgrundlagen, Planungen und andere projektvorbereitende Maßnahmen). Konstruktion und Installation, Betrieb und Wartung, Recycling und Entsorgung, technische Prüfung und Begutachtung, Forschung und Entwicklung sowie Vertrieb und Handel folgen mit einigem Abstand. Verhältnismäßig wenige Dienstleister sind im Energiecontracting, in der Bereitstellung von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, der Logistik, der Unternehmensberatung, der Finanzierung und der Aus- und Weiterbildung aktiv.

Bei den regelmäßig im Detail erhobenen Themen Startups, Exporte und Innovationen zeigt sich eine weiterhin positive Entwicklung. Ohne wesentliche Änderung schätzen sich selbst etwas mehr als ein Zehntel der befragten Unternehmen als Startup ein.

Die Umwelttechnik-Wirtschaft ist stark im Export aktiv. Etwas mehr als ein Viertel der befragten Unternehmen verkauft seine Umwelttechnikprodukte auch ins Ausland. Bei den Umwelttechnik-Produzenten ist der Anteil mit fast einem Drittel größer als bei den reinen umwelttechnischen Dienstleistern. Interessant ist, dass der Länderfokus eher auf der näheren Umgebung liegt als auf den oft als Wachstumsmärkten in den Mittelpunkt gerückten Regionen wie Asien und der Pazifik. Das trifft nicht nur auf die traditionell starken Handelspartner Deutschland, Italien und die Schweiz, sondern auch auf die anderen Nachbarländer wie Slowenien, Tschechien, Kroatien, Ungarn und die Slowakei zu. Die schrittweise Ausdehnung der Exportaktivitäten beginnend in den Nachbarländern scheint eine häufige Strategie in der Umwelttechnik-Wirtschaft zu sein.

Die Umwelttechnik-Wirtschaft ist unverändert sehr innovativ. Fast ein Drittel der befragten Unternehmen hat irgendeine Form von Innovation in den letzten drei Jahren eingeführt. In der Umwelttechnik-Industrie stellt davon knapp die Hälfte eine Neuigkeit auf dem Weltmarkt dar, ein sehr hoher Wert. Am häufigsten sind Innovationen zur Steigerung der Energieeffizienz bzw. zur Reduktion der CO₂-Emissionen. Danach folgen Innovationen zur Ersetzung von fossilen durch erneuerbare

Energiequellen, zur Verringerung der Boden-, Wasser- oder Luftverschmutzung oder der Lärm-belästigung und zur Wiederverwertung von Abfall, Wasser oder anderen Materialien. Seltener sind Innovationen zur Senkung bzw. Optimierung des Material- oder Wassereinsatzes je Produktionseinheit und zur Ersetzung von Materialien durch umweltschonendere oder weniger gefährliche Ersatzstoffe.

Rund 1.100 Industrieunternehmen und mehr als 2.000 Dienstleister mit umwelttechnischem Bezug schaffen wertvolle Arbeitsplätze.

In der aktuellen Studie werden auch neue Schwerpunktthemen aufgegriffen: Umwelttechnik-Cluster und -Netzwerke sowie der Bedarf an Green Skills. Jedes achte der befragten Unternehmen nannte zumindest eine Cluster- oder Netzwerkmitgliedschaft. Insgesamt wurden mehr als 30 verschiedene Organisationen, Cluster, Fachverbände und Interessenvertretungen genannt, die einen Bezug zu Umwelttechnikthemen aufweisen.

Der größte Nutzen der Cluster- bzw. Netzwerkmitgliedschaft wird in der Unterstützung des Unternehmens bei der Vernetzung mit anderen Unternehmen und Forschungseinrichtungen und in der Förderung des Zugangs zu Fachwissen gesehen. Auch die Erhöhung der Sichtbarkeit bzw. die Verbesserung des Marktzugangs sowie die Stimulierung von gemeinsamen Innovationsprojekten mit Forschungseinrichtungen und anderen Unternehmen erhalten Zustimmung. Im Vergleich dazu etwas geringere Effekte haben Cluster und Netzwerke bei der Etablierung neuer Geschäftsmodelle oder der Initiierung grüner Innovationen. Steigerungspotenziale gibt es z. B. bei der Unterstützung von Unternehmen bei der Ausweitung ihrer Exportaktivitäten.

Der Bedarf an Green Skills, also an Kompetenzen und Fähigkeiten zur Entwicklung, Umsetzung und Verwertung von umwelttechnischen Lösungen, Produkten und Dienstleistungen ist beträchtlich. Mehr als ein Viertel der befragten Unternehmen hat einen Bedarf an Green Skills angegeben, die meisten im Bereich der technischen und fachlichen Skills, aber auch bei Management-Skills sowie persönlichen und sozialen Skills.

Die jeweiligen Spitzenreiter bei den benötigten Fähigkeiten sind Informationstechnik und Elektrotechnik, Recht, Projektmanagement und Kommunikations-/Teamfähigkeit. Insgesamt wird die Möglichkeit, die benötigten Skills zu beschaffen, tendenziell positiv gesehen. In vielen Unternehmen werden interne Aus- und Weiterbildungen angeboten. Das Rekrutieren von ausgebildeten Fachkräften auf dem Arbeitsmarkt und die Vermittlung der Skills durch Aus- und Weiterbildungseinrichtungen werden im Durchschnitt etwas öfter positiv als negativ eingeschätzt.

Mit steigendem Umweltbewusstsein sowie teurer und knapper werdenden Ressourcen wird der Bedarf nach Umwelttechnologien anhaltend steigen. Die ökonomischen Grundlagen für zukünftigen Erfolg sind zweifelsfrei vorhanden. Resilienz, Innovation, Internationalisierung und Exportorientierung, Gründungsdynamik sowie höchste Qualität der Produkte und Dienstleistungen werden dabei im Fokus stehen. ■

Autoren: FH-Hon.Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider ist Geschäftsführer des IWI und Mitherausgeber von „Industrie aktuell“.

Dr. Alexander Kaufmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am IWI mit dem Schwerpunkt Umwelt, Technik und Wirtschaft.

¹ Die Inhalte des vorliegenden Beitrages sind der aktuellen Studie „Österreichische Umwelttechnikwirtschaft 2023 – Export, Innovationen, Startups und Green Skills“ des IWI entnommen. Die Beauftragung und Finanzierung erfolgte durch das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK), das Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft (BMAW) und die Wirtschaftskammer Österreich (WKO).

Bildung als starkes Fundament für Österreichs Zukunft

Bildung ist eine wichtige Stütze für den heimischen Industriestandort und hat einen bedeutenden Stellenwert für Gesellschaft und Wirtschaft. Sie bildet die Grundlage für Forschung und Innovation und ist entscheidend für den Unternehmenserfolg.

Im Burgenland verschränkt die Berufsorientierungsinitiative „Industrie zum Angreifen“ Wissen und Praxis, um jungen Menschen Einblicke in den Berufsalltag zu bieten. Bildung ist eine extrem wichtige Ressource für das Vorankommen einer Gesellschaft und wir in Österreich haben einen hohen Bildungsstandard“, betont Heidi Adelwöhrer, Präsidentin der IV-Burgenland. „Gut ausgebildete Mitarbeiter sind wesentliche Faktoren für Forschung, Entwicklung und Produktion.“

Trotz hoher Ausgaben im OECD-Vergleich ist das heimische Bildungssystem allerdings nicht wirksam genug. Es fehlen Kindergartenplätze und Ganztagschulen. Auch die frühe Trennung der Kinder nach der Volksschule sorgt für ungleiche Chancen und Ausgangslagen. Eine Bildungspflicht kann hier viel bewirken – denn nicht die Anzahl der Jahre ist relevant, sondern die angeeigneten Kompetenzen. Vor diesem Hintergrund hat die IV das Bildungsprogramm „Beste Bildung für Österreichs Zukunft“ entwickelt – mit Zielen und Maßnahmen für Elementarbildung, Schule, berufliche Bildung, Hochschule, Fort- und Weiterbildung sowie die Entwicklung von Pädagoginnen und Pädagogen. Eine Neuausrichtung des Bildungssystems soll Jugendlichen das Werkzeug für zukünftige Berufsfelder mitgeben und ein solides Fundament schaffen. Dies beinhaltet die Förderung von Stärken und die Behebung von Schwächen. Eine besondere Stärke des heimischen Bildungssystems ist die Sekundarstufe II, da sie vielfältig, hochwertig und arbeitsmarktnahe gestaltet ist. Rund drei Viertel der Jugendlichen wählen ein berufsbildendes Angebot und sind als Fachkräfte der Zukunft ein wichtiger Standortfaktor. Das Programm „Beste Bildung“ nennt Schwächen der Sekundarstufe II und schlägt Lösungen vor, um sie zu stärken. Dazu gehören ein HTL-Schwerpunkt beim

+20%-MINT-Graduierten-Ziel der Bundesregierung, die Umsetzung des MINT-Aktionsplans des Bildungsministeriums und der Ausbau der HTL in den MINT-Regionen als Brücken zwischen Schulen, Hochschulen, Forschung und Unternehmen (MINT: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik). Mit qualifizierten MINT-Talenten können die großen Aufgaben der Gegenwart, wie Digitalisierung und Energiewende, bewältigt werden.

Einblicke ins Berufsleben

„Bildung ist der erste Schritt in eine erfolgreiche individuelle und gesellschaftliche Zukunft“, ist Heidi Adelwöhrer überzeugt. „Um Bildung und Wirtschaft miteinander zu verknüpfen, setzen sich die IV und ihre Mitgliedsunternehmen dafür ein, jungen Menschen Einblicke in die Arbeitswelt zu vermitteln.“ Eine wichtige Initiative zur Berufsorientierung ist „Industrie zum Angreifen“. Unter dem Motto „Raus aus der Klasse, rein ins Unternehmen“ will die Initiative der IV-Burgenland Jugendliche für Berufe in der Industrie begeistern. Jugendliche ab 13 Jahren können am 13. und 14. Juni die beruflichen Möglichkeiten in der Industrie kennenlernen. Insgesamt 20 Unternehmen im Burgenland öffnen ihre Türen, um jungen Menschen praktische Erfahrungen und Einblicke in technische Berufe zu bieten. „Mit Initiativen wie dieser nehmen Industrieunternehmen ihre Verantwortung gegenüber der Gesellschaft wahr und wecken Interesse an MINT-Berufen“, erklärt Adelwöhrer. „Nur mit gut ausgebildeten Fachkräften kann der Wirtschaftsstandort seinen Wohlstand und Wachstum sichern und die zukünftigen Herausforderungen bewältigen.“

Autorin: Mag. Aniko Benkö MA, ist Geschäftsführerin IV Burgenland



Mag. Heidi Adelwöhrer ist Präsidentin der IV-Burgenland.



Ein dynamischer Industrie- und Wirtschaftsraum

Der Industriestandort Burgenland ist ein wichtiger Faktor für den Wohlstand des Bundeslandes. Die Industrieunternehmen generieren Wertschöpfung, sichern Arbeitsplätze, bilden Fachkräfte aus und entwickeln innovative Technologien.

Das Burgenland hat sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten zu einem dynamischen und modernen Industrie- und Wirtschaftsraum entwickelt. Die 159 Industrieunternehmen im Burgenland beschäftigen 8.926 Mitarbeitende. 38 Lehrbetriebe bilden 265 Lehrlinge aus. Die burgenländische Industrie trägt mit 28 Prozent den größten Anteil aller Sektoren zur heimischen Wertschöpfung bei. Im breiten Branchenmix finden sich vor allem Unternehmen der Elektro- und Elektronikindustrie, der Metallindustrie, der Chemischen Industrie, der Nahrungs- und Genussmittelindustrie sowie der Holzindustrie.

Auch wenn die burgenländische Industrie eher von kleineren und mittleren Unternehmen geprägt ist, gibt es auch etliche internationale Leitbetriebe, von denen die gesamte Wirtschaft profitiert. Das Burgenland hat sich in den vergangenen Jahrzehnten in puncto Arbeitsplätze, Kaufkraft und Wohlstand unter anderem deshalb so positiv entwickelt, weil Leitbetriebe und ihre Mitarbeiter als Kernsubstanz einer Volkswirtschaft im Burgenland investiert und sich so erfolgreich auf den internationalen Märkten behauptet haben. Hinzu kommen viele KMUs mit ihren Mitarbeitenden, die gemeinsam mit den Leitbetrieben wirtschaftliche Erfolge feiern. Laut einer

Leitbetriebestudie des IWI haben die internationalen Leitbetriebe im Burgenland beachtliche Multiplikatoreffekte: Ein Euro an Produktion der burgenländischen Leitbetriebe generiert gesamtwirtschaftlich 2,34 Euro an Produktion, ein Euro an Wertschöpfung generiert 2,88 Euro an Wertschöpfung und ein Beschäftigungsverhältnis in den internationalen Leitbetrieben Burgenlands bedingt in Österreich insgesamt 3,73 Arbeitsplätze.

Internationalisierung stärken

Die internationalen Weltmärkte sind vor allem auch für die sehr exportorientierte burgenländische Industrie enorm wichtig, denn knapp 80 Prozent der Umsätze der burgenländischen Industrie gehen in den Export. Vor allem die Metall-, Elektro- sowie die Chemische Industrie sind hier die Top-Exportbranchen. Die letzten Jahre haben durch Corona und aktuell vor allem auch durch den Ukraine Krieg für die burgenländische Exportwirtschaft viele Herausforderungen gebracht. Die Industrieunternehmen stehen im unmittelbaren internationalen Wettbewerb. Nicht nur mit anderen europäischen Staaten, allen voran Deutschland, sondern vor allem auch mit den großen Wirtschaftsblöcken wie USA und China und anderen aufstrebenden Wirtschaftsregionen. Umso wichtiger sind daher, laut Sparte Industrie, faire Rahmenbedingungen gegenüber den unmittelbaren Mitbewerbern. Die Unternehmen brauchen eine Balance zwischen der Planungssicherheit aber auch den Freiheiten, die es braucht, um wirtschaften zu können und im internationalen Wettbewerb erfolgreich zu sein. Ein wichtiger Aspekt ist auch die Frage nach neuen Allianzen und strategischen Handelspartnerschaften, gerade vor dem Hintergrund der geopolitischen Entwicklungen.

Lehrlinge, die Fachkräfte von morgen

In den letzten Jahren ist auch in burgenländischen Industriebetrieben ein Mangel an Fachkräften spürbar. Um auch weiterhin eine ausreichende Zahl an Lehrlingen ausbilden zu können und damit dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, setzt die Sparte Industrie einen großen Schwerpunkt auf die Themen Bildung und Lehre. Das beginnt bei den



Bei der Lehrlingsgala „Young Stars of Industry“ werden erfolgreiche burgenländische Lehrlinge ausgezeichnet.

Kleinsten mit Initiativen zum Wecken und Fördern von Interessen im MINT-Bereich. So werden in den nächsten Jahren mit Unterstützung der Sparte Industrie zehn „Spürnasenecken“ in Kindergärten im Südburgenland errichtet. Diese kindergerechten Labore sollen die naturwissenschaftliche und technische Bildung für Kinder fördern.

Bei Projekten in den Polytechnischen Schulen und Berufsschulen gemeinsam mit Industrielehrbetrieben bis zur Unterstützung von Kooperationen von Industrieunternehmen mit HTLs, FHs und Forschungseinrichtungen soll gezeigt werden, dass gerade die Industrie interessante Lehrberufe mit hochwertiger Ausbildung und attraktiven Zukunftsperspektiven bietet. Eines dieser Projekte ist „Schule trifft Industrie – Industrie hautnah erleben“ für Neue Mittelschulen. Hier wird ein Einblick in sämtliche Industriebranchen im Burgenland und über die vielfältigen Möglichkeiten mit einer Lehre in der Industrie gegeben.

Um das Image der Lehre zu stärken und erfolgreiche Lehrlinge vor den Vorhang zu holen, wurde seitens der Sparte Industrie in der Wirtschaftskammer Burgenland, die Lehrlingsgala „Young Stars of Industry“ ins Leben gerufen. 2023 wurden im Rahmen dieser Gala 90 Lehrlinge aus 19 burgenländischen Industriebetrieben für ihre hervorragende Leistungen geehrt und ausgezeichnet.

Wichtiger Partner im F&E-Bereich

Forschung und Entwicklung ist der Schlüssel zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum, zur Absiche-

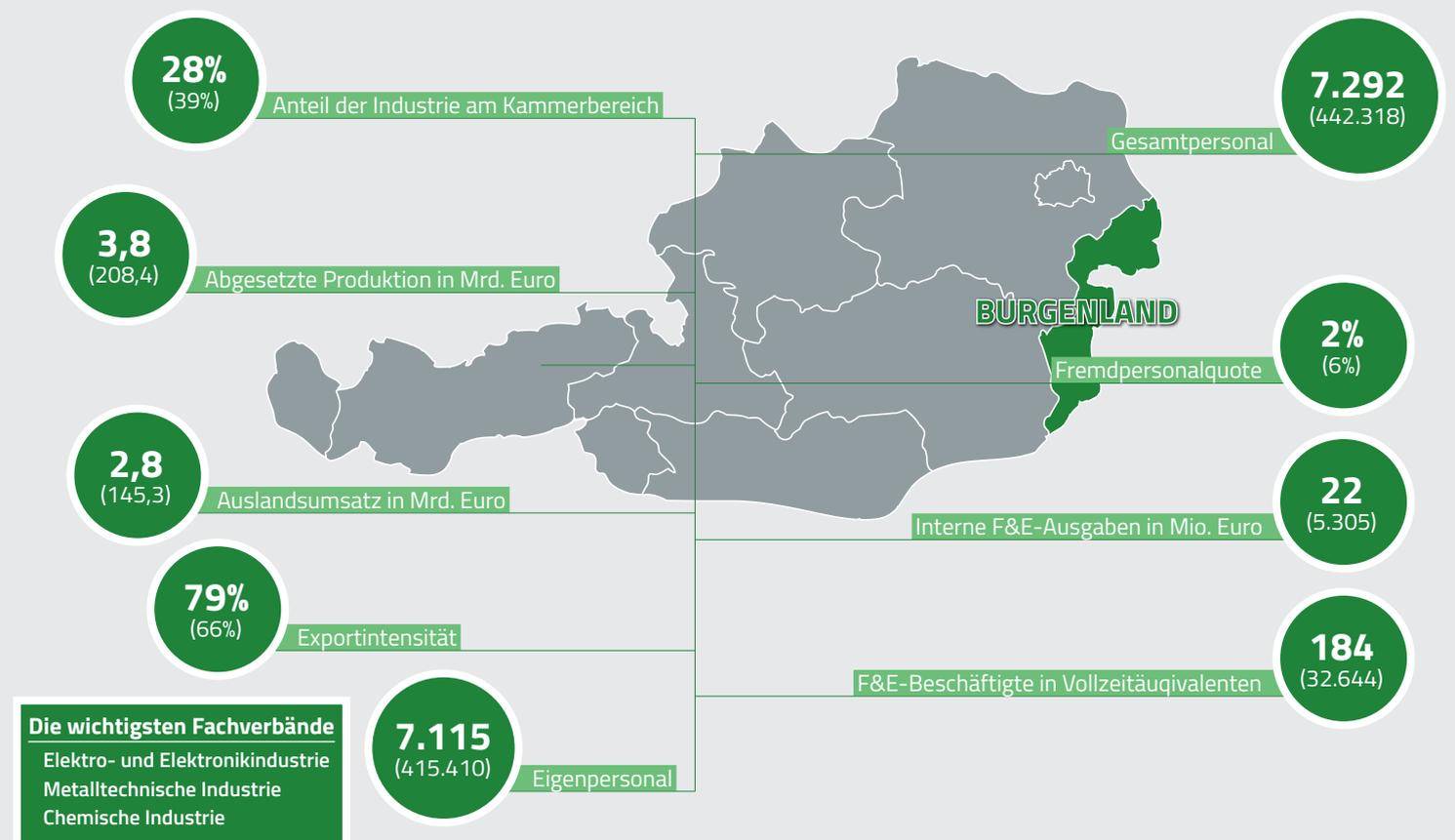
Industriebranchen machten im Jahr 2023 einen Rückgang der Wirtschaftsleistung in der burgenländischen Industrie deutlich spürbar. Damit der Industriestandort Burgenland auch zukünftig gegenüber seinen Mitbewerbern wettbewerbsfähig sein kann, braucht es längerfristig eine Stärkung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit insbesondere gegenüber den wichtigsten Wirtschaftspartnern in Europa, wie Deutschland und anderen Nachbarländern. Dazu gehören faire Rahmenbedingungen für Industrieunternehmen vor allem im Bereich der Energiekosten sowie eine wettbewerbsfähige Entwicklung der Arbeitskos-

ten. Für die digitale sowie auch grüne Transformation der burgenländischen Industrie sind vor allem investitionsfreundliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit für die Umsetzung der notwendigen Maßnahmen essenziell. Auf globaler Ebene ist die burgenländische Industrie abhängig von einer guten Einbindung in internationale Wertschöpfungsketten, unter anderem auch von ausgewogenen Handelsabkommen mit den aufstrebenden Zukunftsmärkten in Afrika, Asien und Südamerika.

Autorin: Helene Tuma

KENNZAHLEN DER INDUSTRIE BURGENLAND

Vergleichszahlen in Klammer beziehen sich auf ganz Österreich



Anm. 1: Anteil der Industrie am Kammerbereich gemessen am Produktionswert; 2021; Anm. 2: Exportintensität = Auslandsumsatz / Gesamtumsatz (Unternehmensebene); 2023 vorläufig; Anm. 3: Gesamtpersonal = Eigenpersonal + Fremdpersonal; Abges. Prod.; 2023 vorläufig; Industrie ohne Bau; Anm. 4: Interne F&E-Ausgaben nach F&E-Standort(en) des Unternehmens; 2021
 Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Konjunkturstatistik in der Kammerstatistik; Erhebung über Forschung und experimentelle Entwicklung; Leistungs- und Strukturstatistik

„Wir wünschen uns eine, mutige, zukunftsorientierte und nachhaltige Wirtschafts- und Standortpolitik“



Christoph Blum, Obmann der Sparte Industrie Burgenland im Interview über die digitale Transformation, den Arbeitskräftemangel und den Einsatz Erneuerbarer Energien.

Wie sehr wirken sich die hohen Energiekosten auf die Unternehmen aus?

Sie wirken sich insgesamt sehr auf die Gesamtkosten aus und führen damit wiederum zu einem erheblichen Wettbewerbsnachteil. Staatliche Förderungen haben die Kostensteigerungen teilweise abgedeckt. Die Industrie braucht eine sichere und auch leistbare Energieversorgung und den Ausbau der Stromnetze sowie zukünftig auch eine faire Aufteilung der Netzkosten.

Sehen Sie den Einsatz von Erneuerbaren Energien, grünem Gas und Wasserstoff als belastbare Alternativen für die Zukunft?

Die Industriebetriebe beschäftigen sich schon seit längerem mit Nachhaltigkeitsmaßnahmen im Energiebereich. Hier hat die Transformation schon eingesetzt. Vor allem Gas kann nicht in allen Prozessen kurzfristig ersetzt werden. Dieser Umstand muss auch von der Politik berücksichtigt werden. In Zukunft wird klimaneutrales Gas bzw. Wasserstoff ein wesentlicher Rohstoff für die heimische Industrie. Wichtig sind jedoch vor allem Technologieoffenheit und das Zulassen sinnvoller und innovativer Ideen ohne Verbote oder Gebote sowie überbordende bürokratische Auflagen. In diesem Zusammenhang sollten vielmehr Anreize geschaffen werden in alternative Energiesysteme zu investieren und damit eine fortschrittliche Transformation unterstützt werden.

Wie sehr betrifft das Thema Fachkräftemangel die Betriebe der Sparte Industrie Burgenland?

Gut ausgebildete Fachkräfte sind das Rückgrat der Unternehmen und werden auch in herausfordernden Zeiten wie diesen dringend gesucht. Entscheidend wird sein, die Personalkosten wieder auf ein wettbewerbsfähiges Maß im Vergleich zu unseren wichtigsten Wirtschaftspartnern zu bringen, um Fachkräfte auch im Unternehmen halten zu können. Eine Diskussion über eine 32-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ist hier völlig kontrapro-

duktiv und würde eine Abwanderung von Industriebetrieben noch beschleunigen. Stattdessen sollten eher Rahmenbedingungen geschaffen werden, um mehr zu arbeiten attraktiver zu machen sowie Anreize zu schaffen, damit sich Arbeit und Leistung auch lohnt. Genauso wichtig sind auch die Attraktivierung der Lehre und die Ausbildung der Jugendlichen. Ich bin der vollen Überzeugung, es steckt sehr viel Potenzial in den Jugendlichen von heute, das es gilt in den Unternehmen zu formen.

Welche Schritte werden bei den Themen Aus- und Weiterbildung gesetzt?

Wir verfolgen hier einen durchgängigen Pfad an Initiativen beginnend beim Wecken und Fördern von Interessen im MINT-Bereich bereits im Kindergarten über Projekte in den neuen Mittelschulen, Polytechnischen Schulen und Berufsschulen bis zur Unterstützung von direkten Kooperationen von Industrieunternehmen mit HTLs, FHs sowie Forschungseinrichtungen. Im Rahmen einer Berufsorientierungsoffensive fördern wir insbesondere Kooperationen zwischen Schulen und Industriebetrieben, um das Interesse von jungen Menschen an der Ergreifung eines Lehrberufes zu fördern. Wir bieten auch Lehrerinnen und Lehrern im Rahmen eines eigenen Praktikums die Möglichkeit, die Abläufe und Strukturen sowie die vielfältigen Berufsausbildungsmöglichkeiten aber auch die Anforderungen in Industrieunternehmen näher kennenzulernen. Ich halte es für wesentlich, vor allem auch das Bildungssystem näher an die Bedarfe der heutigen Wirtschaft heranzubringen. Wir brauchen Mindeststandards an Kompetenzen bei den Schulabsolventinnen und Absolventen die nicht unterschritten werden sollten.

Wie gut haben sich die Betriebe inzwischen auf das Thema Digitalisierung eingestellt?

Digitalisierung ist unabdingbar für die Industrie, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Unternehmen sind mittendrin in der digitalen Transformation, die ja ein laufender Prozess ist, sehen wir uns nur die enormen Entwicklungen im Be-

reich der Künstlichen Intelligenz an. Für viele Unternehmen ist die Digitalisierung aber nicht nur ein wichtiger Entwicklungsschritt um produktiver zu werden und den Lohnkostennachteil auszugleichen, sondern mittlerweile auch ein notwendiger Ansatz, um den Arbeitskräftemangel zu kompensieren.

Welche Herausforderungen wird die burgenländische Industrie in Zukunft besonders zu meistern haben um konkurrenzfähig zu bleiben?

Aktuell sehen wir uns mit einer Vielfalt an Herausforderungen konfrontiert, welche die Konkurrenzfähigkeit der Produktion in der heimischen Industrie enorm schwächt, wie den Arbeits- und Fachkräftemangel, hohe Energiekosten im internationalen Vergleich sowie überbordende Bürokratie. Eine der dringendsten Fragen für die

„Ich bin der vollen Überzeugung, es steckt sehr viel Potenzial in den Jugendlichen von heute, das es gilt in den Unternehmen zu formen.“

nahe Zukunft ist vor allem auch, wie wir in der Industrie bei den Lohnstückkosten wieder auf ein wettbewerbsfähiges Niveau zurückkommen können. Hier benötigen wir rasch neue, innovative Lösungsansätze seitens der Sozialpartner und der Politik, wenn wir nicht wollen, dass immer mehr Industriebetriebe abwandern und damit Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Land verloren gehen. Wir haben im Burgenland exzellente, innovative Industrieunternehmen. Als burgenländische Industrie wünschen wir uns eine zukunftsorientierte, mutige und nachhaltige Wirtschafts- und Standortpolitik, die uns im internationalen Wettbewerb stärkt, damit wir auch in Zukunft der Motor für Wohlstand in unserem Land sein können. ■

Interview: Helene Tuma

Die internationale Konjunktorentwicklung

Weder Beschleunigung noch Rückgang: Das globale Wirtschaftswachstum soll, nach übereinstimmender Ansicht der wichtigsten Prognoseinstitute, in den Jahren 2024 und 2025 nahezu auf den Zentelprozentpunkt genau jenem des Jahres 2023 (von 3,1 %) entsprechen. Im historischen Vergleich ist dies eine klar unterdurchschnittliche Größe, dennoch überwiegt die Erleichterung, dass es zu keiner stärkeren negativen Korrektur kommen dürfte.

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Die wachsende weltwirtschaftliche Verzahnung im Zuge der verstärkten Globalisierung ab den frühen 1990er-Jahren hat zur Frage geführt, ob damit eine Synchronisation der Konjunkturschwankungen (und eine Akzentuierung der Konjunkturausschläge) einhergehen wird, oder aber ein Ausgleich und folglich eine Verstetigung der Wirtschaftsentwicklung zu beobachten sein wird. Seitens des IWI wurde – nicht zuletzt auch bei den Konjunkturberichten in „industrie aktuell“ – aufgrund einer genauen Analyse internationaler Konjunkturdaten frühzeitig die These der Dämpfung der Schwankungen durch anhaltend asynchrone regionale Konjunkturzyklen vertreten. Aktuell bestätigt sich dies wieder, da die insgesamt gleichförmige globale Konjunktur im Zeitraum 2023/25 ein (zufälliges) Resultat divergenter regionaler Konjunkturbewegungen darstellt – deren Effekte sich aber ausgleichen.

Die wichtigsten Verschiebungen sind die (moderate) Konjunkturbeschleunigung in den EU-Ländern (wobei Deutschland im gesamten Zeitraum unter dem EU-Durchschnitt verharrt); ebenfalls tendenziell in Richtung Beschleunigung zielt das Wirtschaftswachstum in Südamerika und im südlichen Afrika. Diese Wachstumsbeschleunigungen können die prognostizierten Abkühlungen in China (moderat) und in den USA (etwas stärker) so weit kompensieren, dass die globale Wachstumsrate – wie erwähnt – faktisch unverändert bleibt.

Zuletzt leicht gefestigte Werte bei den von der OECD erhobenen Frühindikatoren würden generell darauf deuten, dass die zuletzt publizierten Wachstums-erwartungen übertroffen werden könnten. Aus

ökonomischer Perspektive würde sich eine leichte Wachstumsbeschleunigung durchaus argumentieren lassen, aber über allem konjunkturellen Hoffnungsschimmer hängt das Damoklesschwert politischer Entwicklungen mit einem stark dämpfenden Konjunkturpotenzial: Die Ukrainekrise und die Krise im Nahen Osten können zu einer empfindlichen Verteuerung von Rohstoffen, insbesondere auch von Energierohstoffen führen, damit die Konjunktur massiv dämpfen und gleichzeitig die ohnedies grenzwertige Inflationsentwicklung befeuern. Geopolitische Spannungen drohen zudem die wieder unter der Wachstumsrate der Weltwirtschaft liegende Wachstumsrate des Welthandels weiter zu dämpfen; das Entstehen neuer Handelsblöcke und die Fragmentierung der Weltwirtschaft als Folge der gegenwärtigen politischen und militärischen Konflikte könnte durch die Globalisierung erzielte Wohlfahrtsgewinne zumindest teilweise wieder verpuffen lassen.

Die von 2024 auf 2025 deutlich rückläufig erwartete Wachstumsrate in den USA und die in beiden Jahren moderat rückläufigen Wachstumsraten in China reflektieren nicht ausschließlich konjunkturelle Sorgen, sondern auch Marktungleichgewichte: In den USA wird zunehmend die Bewertung des Aktienmarktes mit gewisser Skepsis gesehen, insbesondere da gegenwärtig die Marktentwicklung von einem relativ kleinen Segment an Aktien getragen wird und die erwartete Abkühlung der Konjunktur im kommenden Jahr noch nicht eingepreist erscheint. In China wiederum wird die Politik der Regierung angesichts der Probleme am Immobilienmarkt als zu unentschlossen angesehen, sodass eine Verschärfung der Lage und damit

eine deutlichere Wachstumsdämpfung nicht ausgeschlossen sind.

Die Wachstumsentwicklung in Europa ist weiterhin wenig befriedigend und dürfte im Euroraum heuer bei einer Wachstumsrate von unter einem Prozent bleiben, allerdings im kommenden Jahr auf rund eineinhalb Prozent ansteigen. Dass die Inflationsrate etwas rascher als prognostiziert zurück geht, eröffnet der Europäischen Zentralbank mehr Handlungsspielraum und mindert die Zinskosten für die öffentliche Hand, für die Unternehmen und für private Immobilieninvestitionen; gleichzeitig steht den Haushalten ein höheres Realeinkommen zur Verfügung, sodass der private Konsum gegenwärtig die dynamischste Komponente der BIP-Entwicklung in Europa darstellt. Das starke Wachstum der Realeinkommen erlaubt den Haushalten gegenwärtig sowohl eine Erhöhung der Ausgaben als auch eine verstärkte Ersparnisbildung. Angesichts stabil niedriger Arbeitslosenraten ist die Ausgabenbereitschaft der privaten Haushalte auch in der Phase der Wachstumsschwäche relativ hoch. Anhaltend schwach bleibt die Investitionstätigkeit in Europa, wobei die Investitionsschwäche im privaten Wohnbau mit der geringen Investitionstätigkeit der Unternehmen zusammen trifft.

Der Business and Consumer Survey der Europäischen Union, der die Einschätzungen der Wirtschaftslage in Europa durch Unternehmen und Konsumenten abbildet, weist seit Mitte 2022 Ergebnisse aus, die in einem Bereich unterhalb des langjährigen Durchschnitts liegen. Seit damals schwankt der Indikator innerhalb eines relativ engen Bereichs ohne klare Tendenz. Eine klar deutlich positive Tendenz gibt es bei der Einschätzung durch die Konsumenten, aber auch hier konnte der langjährige Durchschnittswert noch nicht wieder erreicht werden. Die Einschätzung seitens der Industrie verharrt seit langer Zeit auf einem konstanten, deutlich unterdurchschnittlichen Niveau – eine nachhaltige Besserung der Einschätzung ist bislang nicht feststellbar. Im Gegenteil: Auftragslage und vor allem die Entwicklung der aktuellen Produktion haben sich zu Beginn des zweiten Quartals 2024 weiter verschlechtert. Positiv ist hingegen



zu verzeichnen, dass sich die mittelfristige Produktionserwartung nicht auch verschlechtert hat. Besonders negativ ist die Einschätzung seitens der Industrie in Deutschland, Österreich und Finnland. Alle drei Länder sind stark exportorientiert, aber die vergleichbaren Länder Schweden und die Niederlande zeigen bei weitem nicht eine so negative Sicht der Industrie. Daraus lässt sich schließen, dass weniger eine Skepsis aufgrund einer schwachen Marktverfassung in außereuropäischen Absatzmärkten gegeben ist, als vielmehr Länder mit (ehemals) besonders engen Handelsbeziehungen zu Russland vor Schwierigkeiten und Herausforderungen bei der Umorientierung stehen.

Die jüngste Konjunkturumfrage der Industriellenvereinigung (unter knapp 390 Unternehmen mit rund 290.000 Beschäftigten) enthält zwei Botschaften: Einerseits wird eine aktuell weiterhin unbefriedigende Geschäftstätigkeit anhand mehrerer gegenwartsbezogener Faktoren betont; andererseits zeigen die Aussagen über die erwartete Entwicklung in den kommenden Monaten relativ deutliche Anzeichen einer Bodenbildung. Positiv zu vermerken ist die Tatsache, dass sich die Einschätzung der Auftragseingänge insgesamt verbessert hat, insbesondere überwiegt nunmehr eine positive Einschätzung der Auftragseingänge aus dem Ausland. Damit daraus ein kräftiger Aufschwung werden kann, muss die Investitionsbereitschaft der Unternehmen deutlich erkennbar anspringen. Stärkere internationale Nachfrage wäre in diesem Zusammenhang sicher hilfreich, aber weit wichtiger wären standortpolitische Maßnahmen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie und eine klare Antwort auf die Frage, wie eine sichere und leistbare Energieversorgung in Österreich gewährleistet werden kann. ■

Industriebeschäftigung unter Druck

Der Personalaufwand in der Industrie wächst zwischen 2008 und 2023 um 55 Prozent, das Eigenpersonal um 4 Prozent.

Mag. Andreas Mörk



Mag. Andreas Mörk

Seit dem Jahr 2008 ist viel passiert, auch und gerade in der heimischen Industrie. Mehrere bedeutende Krisen und geopolitische Ereignisse haben oft tiefgreifende und langanhaltende Auswirkungen und prägen Wirtschaft und Politik. Sie können zu einer Neuausrichtung von Geschäftsstrategien führen, die wiederum umfassende Anpassungen in Unternehmensprozessen, Konzernstrukturen, Lieferketten, Absatzmärkten und der globalen Wertschöpfung nach sich ziehen.

Nach dem Jahr 2008 zeigt sich die Finanz- und Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen v. a. im Jahr 2009: Die abgesetzte Produktion der heimischen Industrie sinkt drastisch, um dann erneut anzuwachsen und sich auf einem stabileren Niveau zu halten. Dann kam die nächste größere Herausforderung, deren Art und Ausprägung etwas andere Effekte nach sich zog als der Zusammenbruch der Immobilienblase. Die Corona-Krise hat zu beispiellosen globalen Gesundheits- und Wirtschaftseffekten geführt. 2020 bricht die heimische Industrieproduktion ein, um dann aufgrund der Wirkungen der Preiseffekte im Energiebereich stärker als nach der Finanz- und Wirtschaftskrise anzuwachsen. 2023 liegt die abgesetzte Produktion der heimischen Industrie mit 217 Mrd. Euro nominell um mehr als die Hälfte über dem Wert aus dem Jahr 2008.

Im Zeitablauf folgen die Auftragseingänge im Wesentlichen der Dynamik der Produktion, auch sie sind 2023 nominell um mehr als die Hälfte über dem Ausgangswert (gesamt: 129 Mrd. Euro; Ausland: 92 Mrd. Euro). Allerdings ist es gerade die Dynamik im Jahr 2023, die Sorge bereitet. Anders

als bei der Produktion werden die Auftragseingänge der Energiebereiche (Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen, Mineralölindustrie) statistisch nicht erhoben. Wenn die Auftragseingänge von heute die Produktion von morgen sind und die Dynamik nach unten zeigt, bei gleichzeitig gedämpften und pessimistischen Erwartungen, sieht die Zukunft bedauerlicherweise nicht besonders rosig aus.

Es braucht einen positiveren Blick in die Zukunft und hinreichend Auftragseingänge, um das Gesamtpersonal in der Industrie zu halten. Während das Eigen- und Gesamtpersonal im Beobachtungszeitraum vergleichsweise stabil bleiben, gibt es beim Fremdpersonal teils starke konjunkturelle Schwankungen, v. a. in Krisenzeiten. Der Knick in der Zeitlinie von 2022 auf 2023 ist auch beim Fremdpersonal ersichtlich. 2023 liegt das Fremdpersonal mit mehr als 28.000 Beschäftigten um ein Viertel über dem Ausgangswert, das Eigenpersonal ist um 4 % (mehr als 445.000 Beschäftigte), das Gesamtpersonal um 5 % (mehr als 473.000 Beschäftigte) höher als noch im Jahr 2008.

Das Eigenpersonal kann u. a. in Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter und Lehrlinge weiter aufgesplittet werden. Im Jahr 2023 sind rund 203.000 Personen in der Industrie angestellt, 227.000 sind als Arbeiter tätig und 15.000 als Lehrlinge. Während die Zahl der kaufmännischen und gewerblichen Lehrlinge v. a. in den letzten Jahren drei Analysejahren stetig zunimmt (+5 % zwischen 2008 und 2023), ist die Zahl der Arbeiterinnen und Arbeiter unter dem Startniveau des Ausgangsjahres (-10 %), wobei dies eigentlich schon durchgängig seit 2009 der Fall ist. Im Gegensatz dazu nimmt die Zahl der Angestellten in den letzten zehn Jahren stetig zu; 2023 sind es um mehr als ein Viertel mehr als noch im Jahr 2008.

Stetig und beständig wächst auch der Personalaufwand in der Industrie, gerade nach 2011. Dieser Zuwachs ist nicht einhergehend mit einer

ähnlich gearteten Dynamik beim Industriepersonal. Während das Eigenpersonal zwischen 2008 und 2023 um 4 % anwächst, ist der Personalaufwand um 55 % höher (2023: rd. 34 Mrd. Euro). Alleine zwischen 2022 und 2023 liegt der Zuwachs beim Personalaufwand nominell bei rund 8%; von 2021 auf 2022 liegt das Plus bei rund 7 %.

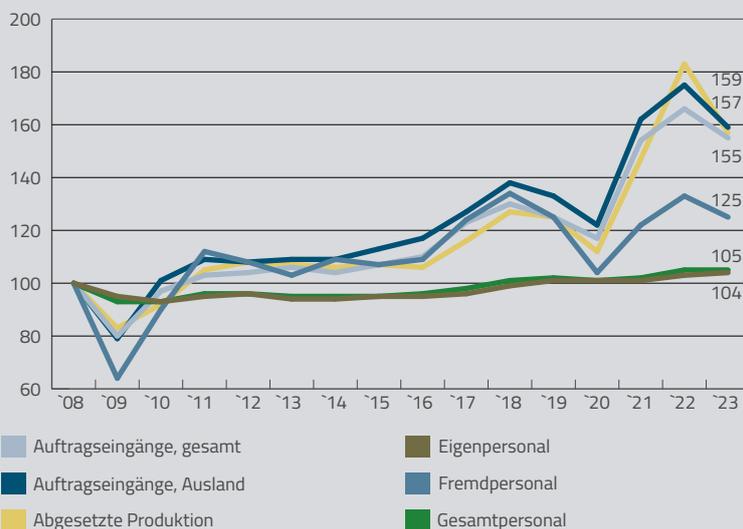
Der Anteil der geleisteten Stunden an den bezahlten Stunden der Arbeiterinnen und Arbeiter und gewerblichen Lehrlinge liegt in der Industrie insgesamt im Schnitt bei 80 %. Damit sind ein Fünftel der insgesamt bezahlten Stunden bezahlte Ausfallstunden (z. B. Feiertage, Urlaub). Im Lauf der letzten Jahre ist der Anteil der geleisteten Stunden an den bezahlten Stunden tendenziell rückläufig. Der aktuellst verfügbare Wert aus dem Jahr 2023 ist annähernd gleich hoch wie im Krisenjahr 2009.

Im Jahr 2023 liegt der Personalaufwand pro geleisteter Stunde in der Industrie im Schnitt bei 48 Euro nominell, das ist um 57 % mehr als noch im Jahr 2008. Treiber bei dieser Kennzahl sind die Zuwächse beim Personalaufwand. Die Zahl der geleisteten Stunden der Angestellten, Arbeiterinnen und Arbeiter und Lehrlinge ist über sämtliche Betrachtungsjahre hinweg in jedem einzelnen Jahr unter dem Ausgangswert von 2008. Diese Entwicklung scheint nicht nur krisenbedingt zu sein.

Um auf Herausforderungen reagieren zu können und langfristig erfolgreich zu bleiben ist es für

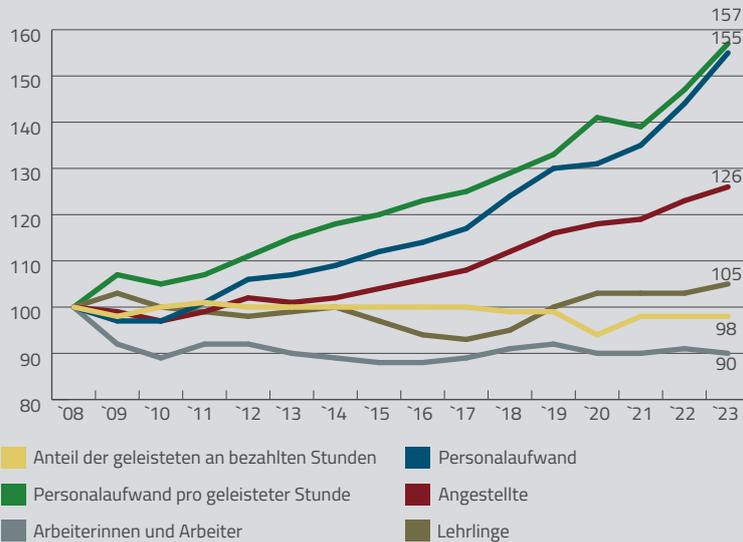
Industrieunternehmen essenziell resiliente und flexible Strategien zu entwickeln, auch wenn die Rahmenbedingungen schwierig sind und der Ausblick und die Erwartungen für die nächsten Monate nicht all zu positiv. ■

Indizes der Industrie (2008=100): Beschäftigte, Auftragseingänge & Produktion



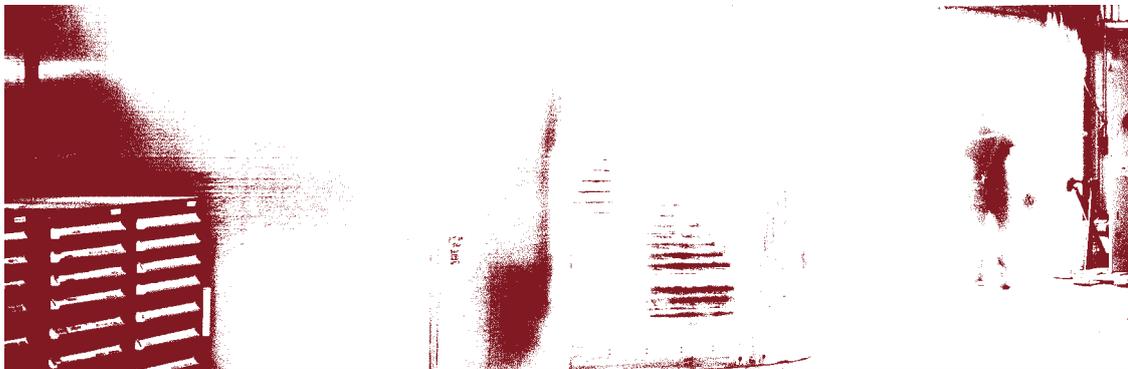
Anm.: Auftragseingänge bereinigt um Storni.
Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Konjunkturstatistik im Prod. Bereich

Indizes der Industrie (2008=100): Personalaufwand, -gliederung & Stunden



Anm.: Anteil der gel. an bez. Std. (Arbeiter und gewerb. Lehrlinge)
Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Konjunkturstatistik im Prod. Bereich

Branchenübersicht



Übersicht der einzelnen Branchen in ihrer Entwicklung

Einschätzung 2. Quartal 2024	Abgesetzte Produktion		Beschäftigte ¹⁾		Auftrags- einträge
	4.Q23/4.Q22 in Prozent	Einschätzung 2.Q24/2.Q23	4.Q23/4.Q22 in Prozent	Einschätzung 2.Q24/2.Q23	Einschätzung 2.Q24/2.Q23
Bergwerke und Stahl	-11,0	↔	3,9	↔	↓
Stein- und keramische Industrie	-11,3	↓	-4,6	↔	↓
Glasindustrie	1,1	↔	-6,2	↔	↔
Chemische Industrie	-10,5	↔	-5,3	↔	↔
Papierindustrie	-25,5	↑	-10,4	↔	↑
PROPAK – Ind. Herst. von Produkten aus Papier und Karton	-12,4	↔	-3,6	↔	↔
Bauindustrie	-4,5	↓	0,0	↓	↓
Holzindustrie	-17,1	↓	-6,3	↓	↓
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	2,5	↔	0,9	↔	↔
Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie	-12,5	↓	-11,6	↓	↓
NE-Metallindustrie	-15,0	↔	0,1	↔	↔
Metalltechnische Industrie	-6,8	↓	0,5	↓	↓
Fahrzeugindustrie	-1,5	↔	0,0	↔	↔
Elektro- und Elektronikindustrie	-2,9	↓	3,2	↔	↓
Industrie gesamt	-14,0	↓	-0,7	↔	↓

Anm.: Vorläufige Daten für das Jahr 2023;

¹⁾ Eigenpersonal; Dynamik der Industrie insgesamt (inkl. Mineralölind., Gas- und Wärmeversorgungsunt.);

Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik, Sonderauswertung nach Kammersystematik

Gesamtindustrie

Die Konjunktureinschätzungen der Fachverbände haben sich bedauerlicherweise in den letzten Monaten kaum verändert. Im 1. wie im 2. Quartal 2024 erwarten viele Fachverbände einen Rückgang bei der Produktion, viele rechnen im 2. Quartal im Vergleich zum Vorjahresquartal auch weiterhin mit einer Stagnation. Einzig und allein die Papierindustrie erwartet eine mengenmäßige Steigerung, aber die Anlagen bleiben weiterhin unterdurchschnittlich ausgelastet. Ähnlich ist das Stimmungsbild bei den Auftragseingängen. Im 2. Quartal erwarten die Metalltechnische Industrie und die Holzindustrie sogar stark fallende Auftragseingänge mit einem Minus von mehr als zehn Prozent. Auch im 2. Quartal 2024 rechnen einzelne Fachverbände mit einem Beschäftigungsabbau, viele schätzen die Beschäftigung weiterhin stagnierend ein.

Bergbau und Stahl

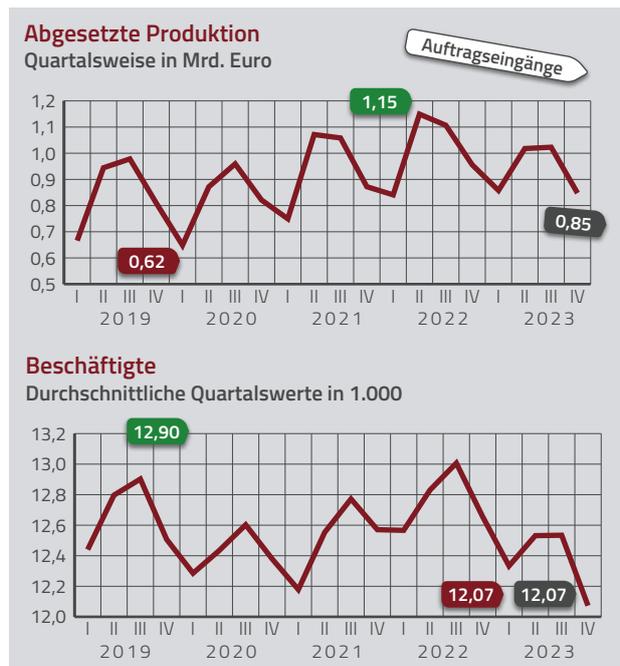
Die schwache wirtschaftliche Entwicklung in Europa und insbesondere in Österreich und Deutschland dämpfen die Erwartungen der österreichischen Bergbau- und Stahlindustrie. Die nach wie vor unsichere geopolitische Lage wirkt ebenfalls dämpfend auf die wirtschaftliche Stimmung. Dennoch sind einige Absatzmärkte bisher gut durch die Rezession gekommen, insgesamt werden aber kaum positive Impulse erwartet. Die Nachfrage im Bereich Energie hält sich nach wie vor auf hohem Niveau. Der Bereich Bahn und Bahninfrastruktur profitiert weiterhin vom hohen Bedarf auf den europäischen Märkten, vor allem die Nachfrage nach Schieneninfrastruktur liegt über den Erwartungen. Auch die Nachfrage aus dem Bereich Luftfahrt entwickelt sich nach dem Einbruch der COVID-Pandemie anhaltend positiv. In den Bereichen Haushaltsgeräte- und Konsumgüterindustrie, Maschinenbau sowie Bauindustrie setzt sich der spürbare Rückgang der Nachfrage weiter fort. Für die Nachfrage aus der Automobilindustrie wird eine stabile Entwicklung erwartet. Auch im Bereich der Feuerfestindustrie bewirkt die verhaltene Nachfrage aus der Bau- und Transportindustrie rückläufige Lieferungen.

■ höchster Wert zum Zeitpunkt des Ausschlags, ■ niedrigster Wert zum Zeitpunkt des Ausschlags, ■ aktueller Wert, Neigung zeigt die Tendenz



Stein- und keramische Industrie

Die Rückgänge im Hochbau sind nach wie vor dramatisch. Bei monolithischem Mauerwerk und Putz/Mörtel gibt es Umsatzeinbrüche von 50 Prozent und mehr. Besser ist die Situation bei Betonfertigteilen, die auch den Gewerbe- und Infrastrukturbau bedienen. Insofern ist auch die Situation bei Zement und Transportbeton etwas weniger angespannt, aber nicht minder besorgniserregend. Die für 2025 prognostizierte leichte Konjunkturerholung wirft bis dato keine Schatten voraus. Sie kann mit Recht bezweifelt werden. Vor allem auch deshalb, weil das im Februar angekündigte Wohnbaupaket am Markt noch nicht angekommen ist. Auch die Export-situation ist aufgrund der internationalen Konjunkturlaute zwar schwierig, aber nicht dramatisch. Die exportorientierten Berufsgruppen machen ihr Geld als Industrielieferer für den Weltmarkt. Erhöhte Lohnabschlüsse, Produktion auf Lager sowie die Preise für Energie und Rohmaterialien schlagen auf der Kostenseite massiv zu Buche. Diese Kosten werden in Form von Preiserhöhungen an die Kunden weitergegeben. Aufgrund der dramatischen Rückgänge im Hochbau und der erhöhten Lohnabschlüsse kann wertvolles Personal nicht vollumfänglich in der Branche gehalten werden. Es kommt sehr wohl zu Freisetzungen, die zunehmend Sorge bereiten und zu Standortdiskussionen führen.



Glasindustrie

Die Stimmung in der Glasindustrie hat sich auch im 2. Quartal nicht verbessert. Die Auftragslage in den glasbe- und -verarbeitenden Betrieben bleibt aufgrund der stark zurückgegangenen Baubewilligungen äußerst angespannt. Die inländischen Produzenten kämpfen aber nicht nur mit sinkenden Aufträgen, auch der massive Kostennachteil gegenüber der Fenster- und Fassadenfertigung in östlichen Nachbarländern nimmt zu. Die Geschäftserwartungen werden sehr pessimistisch beurteilt, aber das Personal wird großteils noch gehalten. In den Bereichen Wirtschaftsglas und Schmuck sieht man sich auf den weltweiten Exportmärkten ebenfalls mit einer schwächelnden Nachfrage konfrontiert. Das Konsumverhalten verändert sich, Qualität bleibt zwar wichtig, aber nicht mehr um jeden Preis. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum verzeichnen die Unternehmen spürbare Umsatzrückgänge.

Auch der Ausblick in der Verpackungsglasindustrie trübt sich ein, da der Absatz von Behälterglas rückläufig bleibt. Der nachfrageseitige Aufschwung durch den Abbau von Lagerbeständen lässt weiter auf sich warten. Die Kapazitäten sind dementsprechend auf einem niedrigeren Niveau ausgelastet.



Chemische Industrie

Nach einem schwachen Jahr 2023 mit einem Produktionsrückgang von insgesamt über zehn Prozent bleibt die Lage für die chemische Industrie weiterhin schwierig. Die bisherige Entwicklung 2024 lässt vermuten, dass beim Produktionswert mittlerweile die Talsohle erreicht worden sein sollte. Da jedoch auch der Auftragseingang weiterhin sehr verhalten ist, kann derzeit nicht abgeschätzt werden, ab wann mit einer Trendwende zu rechnen ist – zudem sich auch beim mit Abstand wichtigsten Handelspartner Deutschland nach wie vor keine Erholung der Konjunktur abzeichnet. Und auch wenn die Energiepreise mittlerweile wieder gesunken sind, liegen sie noch immer deutlich über dem Niveau vor der Corona-Pandemie und dem Krieg in der Ukraine – die drohenden Lieferprobleme nach Auslaufen der Transitverträge mit der Ukraine oder auf Grund rechtlicher Entscheidungen stellen einen weiteren Unsicherheitsfaktor dar. Offen und dabei entscheidend für die künftige wirtschaftliche Entwicklung ist nicht zuletzt die Frage, wie angesichts der neuerlichen Krisensituation die notwendigen Investitionen Richtung Zukunftstrends, insbesondere sämtliche Green Deal-Anwendungen, finanziert werden können. Klar ist, die Weichenstellungen dafür müssen jetzt erfolgen. ■



Papierindustrie

Nach dem Post-Corona-Aufschwung 2022 ließ die Dynamik in der Papierbranche 2023 deutlich nach und hat sich erst im Herbst auf niedrigem Niveau stabilisiert. Vorhandene Lagerbestände und schwache Konsumnachfrage führten zu einem geringen Auftragseingang, dazu kamen Umbau-bedingte Stillstände auf einigen Papiermaschinen. Insgesamt ging die Produktion im vergangenen Jahr über 15 Prozent zurück, holt jetzt aber im Vergleich zum sehr schwachen Frühjahr 2023 mengenmäßig wieder etwas auf. Auch wenn 2024 einige Mengen wieder zurückgekommen sind, bleiben die Anlagen weiter unterdurchschnittlich ausgelastet. Das gilt besonders für den grafischen Sektor, aber auch für Papiersorten für Verpackungen. Besonders der Packaging-Sektor wird mit dem erwarteten Konjunkturaufschwung ab 2024/25 aber wieder rasch anspringen. Die Durchschnittserlöse pro Tonne Papier sind zwei Jahre lang gefallen und stehen weiterhin hohen Kosten für Rohstoffe (Holz, Zellstoff, Altpapier, Chemikalien) und Energie (Strom und Gas) gegenüber. Der im Mai beschlossene KV hat die Erhöhung der Lohn- und Gehaltskosten um sieben Prozent festgelegt. Trotz Wirtschaftskrise hält die Papierindustrie ihre Facharbeiter. Die Zahl der Beschäftigten ist im Vergleich zur Mengenentwicklung 2023 kaum gefallen und liegt jetzt bei rund 7.600 Mitarbeitern. ■



PROPAK – Industrielle Hersteller von Produkten aus Papier und Karton

Die Situation in der industriellen Papierverarbeitung ist weiter angespannt. Nach einem rückläufigen 1. Quartal deuten erste Anzeichen eine leichte Entspannung auf niedrigem Niveau an, die aber noch keine Trendwende bedeutet. Kostensteigerungen und längere Lieferzeiten beim Rohmaterial stellen Herausforderungen dar. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit steht auf dem Prüfstand, insbesondere in Anbetracht deutlich niedrigerer Entgeltentwicklungen in den Hauptexportländern. Die Unternehmen brauchen eine neue sozialpartnerschaftliche Herangehensweise an die kollektivvertragliche Lohn- und Gehaltsfindung. Es ist ein – in Relation zur wirtschaftlichen Entwicklung noch geringfügiger – Beschäftigtenrückgang zu verzeichnen. Zusätzlich macht der ungebremste Ausbau von Bürokratie den Unternehmen zu schaffen. Insbesondere der Zuwachs an europäischen Rechtsvorgaben – verbunden mit nationalem Gold Plating – ist kaum mehr bewältigbar. Von der EU-VerpackungsVO über die EntwaldungsVO zum Lieferkettengesetz und dem gesammelten Reporting-Wesen – selbst wo direkt nur große Unternehmen betroffen scheinen, fordern diese umfassende Informationen von Kunden und Lieferanten, sodass die Lawine des administrativen Aufwands trotzdem alle trifft. Hier ist dringend Entlastung nötig.



Bauindustrie

Die Auftragslage der Bauwirtschaft hat sich auch im 2. Quartal kaum gebessert. Insbesondere im Wohnungsneubau sind die Investitionen stark rückläufig. Die allgemein gedämpfte Wirtschaftsentwicklung wirkt sich aber auch auf den Wirtschaftsbau und Tiefbau spürbar negativ aus. Für 2024 erwartet das WIFO insgesamt einen Rückgang der Bauinvestitionen um vier Prozent. Erst 2025 werden die Bauinvestitionen, laut WIFO, wieder um 1,5 Prozent ansteigen. Das im Februar seitens der Bundesregierung angekündigte Wohnbaupaket wird sich nur sehr verzögert, frühestens 2025, und abgeschwächt auswirken. Zu Beginn des 2. Quartals zeigt sich die Kostenentwicklung der wesentlichen Baumaterialien weitgehend stabil. Insbesondere in personalintensiven Teilbranchen nimmt durch die Erhöhung der kollektivvertraglichen Löhne ab Mai um 7,15 Prozent allerdings der Kostendruck weiter stark zu. Deutlich zeigt sich die Auftragschwäche in den Beschäftigtenaten. Im März waren in Baugewerbe und Bauindustrie um acht Prozent weniger Arbeiter gemeldet als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.



Holzindustrie

Die Auftragslage ist gegenüber dem Vorjahr deutlich stärker eingetrübt als erwartet, speziell der starke Rückgang des Hochbaus und des Innenausbaus wirken sich nunmehr negativ aus. Durch den Nachfragerückgang werden die Produktionen nach wie vor in nahezu allen Bereichen angepasst. Speziell im mitteleuropäischen Raum schwächt sich auch die Konjunktur deutlich ab und deshalb gehen die Exporte mitunter stark zurück. Weltweit ist keine Konjunkturbelebung feststellbar. Aufgrund der konjunkturellen Entwicklung sind die Preise in einigen Sektoren weiter in einer Abwärtsbewegung. In weiten Bereichen steigende Rohstoffpreise verschärfen die Kostensituation für die gesamte Wertschöpfungskette. Die Rohstoffpreise sind nach wie vor hoch, die Personal- und Transportkosten steigen. Deckungsbeiträge sind schwer zu erzielen. Trotz schlechter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen versuchen die Firmen, das Stammpersonal zu halten, dennoch gibt es in einzelnen Sektoren bereits stärkere Anpassungen an die reduzierte Nachfrage. Investments erfolgen, wenn überhaupt, nur in kleinerem Ausmaß bzw. mit langjährigen Verpflichtungen. ■



Nahrungs- und Genussmittelindustrie

Der Inlandsmarkt ist nach wie vor durch die anhaltend hohe Handelskonzentration unverändert angespannt und lässt für viele Unternehmen nach wie vor keine wirtschaftlich notwendigen Spielräume zu. Die tägliche Vielzahl an „Aktionen“ und „Extrem Aktionen“ sowie das weiterhin wachsende Angebot an Eigenmarken im Lebensmitteleinzelhandel stellen viele Branchen der österreichischen Lebensmittelindustrie auch vor dem Hintergrund der weiterhin hohen Inflation auch im ersten Halbjahr 2024 vor neue große Herausforderungen. Viele Betriebe kämpfen daher unverändert mit hohen Kosten, etwa für Energie und klimabedingt für bestimmte Rohstoffe. Denn extreme klimatische Bedingungen sowie die international steigende Nachfrage gehören zu den Hauptgründen, warum sich Kakao, Olivenöl, Orangensaft und Kaffee so stark verteuert haben. Laut „Fairnessbüro“ im Landwirtschaftsministerium hat man infolge der Teuerung und der damit verbundenen Zunahme von Eigenmarken in vielen Produktbereichen der Agrar- und Lebensmittelwirtschaft mehr Beschwerden über unfaire Handelspraktiken registriert, die auf die starke Verhandlungsmacht des konzentrierten Lebensmittelhandels und den hohen, mitunter unlauteren Druck auf die Lebensmittelhersteller zurückzuführen sind. ■



Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie

In der **Bekleidungsindustrie** ist die Auftragslage weiterhin rückläufig. Neue Märkte können nicht so schnell erschlossen werden, daher ist auch die Produktion rückläufig. Im Heimtextilbereich sind die großen Insolvenzen in Deutschland sowie die Flächenverkleinerung in Österreich absatzmäßig spürbar.

Die Auftragslage in der **Schuhindustrie** ist unverändert, die Konsumzurückhaltung ist nach wie vor präsent, der Markt erholt sich nur langsam. Kapazitätsanpassungen in der Produktion sind notwendig. Gute Exportentwicklung in Benelux und USA, der deutsche Markt ist immer noch angespannt, Osteuropa erholt sich schneller. Preissteigerungen können nicht an Kunden weitergegeben werden, die Materialkosten sind auf hohem Niveau stabil. KMU kämpfen mit vermehrt administrativem Aufwand.

Die Produktion der **Textilindustrie** verzeichnete im Jahr 2023 ein Minus von 3,5 Prozent und die Beschäftigtenzahl einen Rückgang von 5,6 Prozent. Laut Wifo-Bericht vom April 2024 meinten 48,1 Prozent der befragten Textilunternehmen, dass die zukünftige Entwicklung der eigenen Geschäftslage wenig einschätzbar ist. ■



NE-Metallindustrie

Die schwache konjunkturelle Entwicklung in Europa und insbesondere in Österreich und Deutschland hat die österreichische NE-Metallindustrie nach wie vor fest im Griff. Sorgen bereitet den Betrieben der NE-Metallindustrie, dass diese durch höhere Energie- und Lohnkosten gegenüber internationalen und europäischen Mitbewerbern, vornehmlich aus Deutschland, erheblich benachteiligt sind. Im Bereich der Walzwaren wird mit einer Stabilisierung der Geschäftsentwicklung auf niedrigem Niveau gerechnet. Die Absätze im Bereich der industriellen Anwendungen sind nach wie vor rückläufig, im Bereich der Luftfahrt, Automobilindustrie und Verpackungsindustrie konnte der positive Trend in der Absatzentwicklung annähernd gehalten werden. Auch im Bereich Presswaren bleibt die Nachfrage aus dem Bereich Energie weiterhin stabil, wenn auch auf niedrigem Niveau. Der Bereich Automobilindustrie ist nur teilweise zufriedenstellend, erweiterte Produktionskapazitäten und zeitlich nach hinten verschobene Produktionsabrufe der Automobilfertiger führen zu geringen Auslastungen. Generell führt der nach wie vor anhaltende Trend zur E-Mobilität auf den Automobilmärkten und die zunehmende Automatisierung und Elektrifizierung zu einer guten Nachfrage nach kupferhaltigen Produkten. Im Bereich der Wolframproduktion wird mit einem Ende der rückläufigen Entwicklung gerechnet. ■



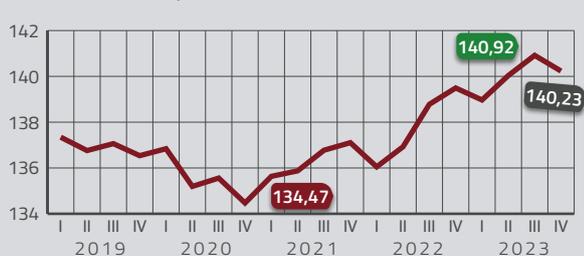
Metalltechnische Industrie

Die Metalltechnische Industrie befindet sich in etwa seit Mitte letzten Jahres in einer Rezession. Die bis dahin starke Auftragslage im Maschinenbau hat die Branche noch länger als gedacht in grünen Bereich gehalten, dieser Effekt ist nun Vergangenheit. Besonders im Maschinenbau war die Auftragslage noch relativ lange solide, auch dort geht aber jetzt die Produktion nach unten. Nach wie vor gibt es keine Anzeichen für eine Besserung der Nachfrage – das gilt sowohl für den Maschinenbau als auch für die Metallwarenherstellung. Die Investitionstätigkeit in der Industrie ist global immer noch schwach. Durch die gestiegenen Produktionskosten sind die Margen der Industrieunternehmen in den letzten Quartalen deutlich gesunken. Zusammen mit dem unsicheren Ausblick ergibt das eine sehr verhaltene Investitionstätigkeit. Das gilt besonders für das Inland, aber auch beispielsweise für den wichtigen deutschen Exportmarkt. Erstmals dürfte die Krise nun auch eine Auswirkung auf die Beschäftigtenzahl haben. Seit Herbst 2023 geht die Beschäftigung zurück, momentan erwarten die Unternehmen einen Personalabbau, der nicht nur die Leiharbeit, sondern auch auf das Stammpersonal betreffen wird. Hinzukommt, dass sich immer mehr Unternehmen die Standortfrage stellen.

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Fahrzeugindustrie

Die Auftragslage ist nach wie vor bis auf wenige Ausnahmen leicht rückläufig. Die positiven Ausnahmen betreffen vor allem die Motorenhersteller. Die rückläufige Entwicklung ist unter anderem auf hohe Lagerbestände der Kunden zurückzuführen. Zunehmend wird ein schnelleres Reaktionsvermögen seitens der Auftraggeber erwartet, was die Hersteller vor neue Herausforderungen stellt. Dies bedingt höhere Flexibilität bei den Beschäftigungsmodellen. Betriebe, die in internationale Lieferketten eingebunden sind, mussten die Beschäftigtenzahl der sinkenden Auftragslage anpassen. Fachkräftemangel und Abwerbungen sind weiterhin ein Thema der Branche. Der Exportanteil ist konstant hoch. Ein Teil der Unternehmen stellt jedoch eine Verlagerung der Kunden von West nach Ost fest. Trotz einer Stabilisierung des Rohstoffmarktes sind die Gesamtkosten leicht steigend. Die zunehmende Preissensibilität macht in vielen Bereichen eine Weitergabe der Kosten nicht möglich. Geplante Investitionen steigen im Branchenschnitt, sinken jedoch bei der bereits genannten Gruppe mit rückläufiger Nachfrage. Zur Sicherung des Industriestandortes ist es laut den Mitgliedern des Fachverbandes notwendig, Fördermöglichkeiten auszubauen, die Bürokratie zu reduzieren und an der Optimierung der handelspolitischen Maßnahmen zu arbeiten.

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Elektro- und Elektronikindustrie

Die österreichische Elektro- und Elektronikindustrie durchläuft auch im 2. Quartal 2024 ein herausforderndes Marktumfeld, wobei insgesamt ein negatives Stimmungsbild überwiegt. Vor allem die im Zuge der schwachen Weltkonjunktur eingebrochenen Aufträge, sowie die nach wie vor erhöhten Energiekosten wirken sich wachstumshemmend auf die Unternehmen aus. Im Vergleich zum Vorjahr ist sowohl die Produktion als auch die Auftragsituation rückläufig. Auch die Erwartungen für die Zukunft bleiben angespannt, da die vorherrschenden Probleme wie mangelnde Aufträge und hohe Kosten aufgrund der vielfältigen globalen Krisen vorerst weiter ein Thema bleiben werden. Anzusprechen sind hier neben den geopolitischen Krisen in der Ukraine und dem Nahen Osten vor allem auch die unsichere Lage in China, die ein wichtiger Handelspartner der Elektro- und Elektroindustrie darstellt. Aus langfristiger Perspektive dämpft dazu auch der Fachkräftemangel die Wachstumsaussichten. Als Lösungsstrategien versuchen die Unternehmen verstärkt innovative Automatisierungs- und Digitalisierungskonzepte umzusetzen und auch neue Märkte zu erschließen. Das Investitionsklima kann aufgrund dieser vielfältigen Herausforderungen als schwierig bezeichnet werden. ■

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at, ZVR-Zahl: 247058831

Unternehmensgegenstand: Wirtschaftsforschungsinstitut

Vorstand: Vorsitzender: Hon.-Prof. Dr. Wilfried Stadler

Stellvertreter: Gen.-Sekr. Karlheinz Kopf, Gen.-Sekr. Mag. Christoph Neumayer

Mitglieder: Mag. Markus Beyrer, Dr. Wolfgang Damianisch, Mag. Christian Domany, Dr. Erhard Fürst, DI Dr. Manfred Matzinger-Leopold, FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Geschäftsführer: FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Blattlinie: Fachzeitschrift für Entscheidungsträger in der Wirtschaft

Impressum

Herausgeber: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: +43 1 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at
Wirtschaftskammer Österreich Bundessparte Industrie, A-1045 Wien, Wiedner Hauptstraße 63, Tel.: +43 5 909 00-34 17, E-Mail: bsi@wko.at
Industriellenvereinigung, A-1031 Wien, Schwarzenbergplatz 4
Tel.: +43 1 711 35 0, E-Mail: iv.office@iv-net.at

Medieninhaber: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4

Projektleitung & Redaktion: Stephan Scoppetta (Chefredakteur), Herta Scheidinger (Chefin vom Dienst) www.feuerifer.at

Design, Satz und Layout: Christian Huttar/Usecon
Coverbild: AT&S

Bilder: So nicht anders angeführt, wurde das Bildmaterial beige stellt.

Autoren: Georg Knill, Mag. Andreas Mörk, FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider, Dr. Alexander Kaufmann, Heidi Adelwöhrer, Helene Tuma
Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Autors wieder.

Auskunft und Bestellung: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at

Druck: Print Alliance HAV Produktions GmbH, A-2540 Bad Vöslau

Erscheinung: vierteljährlich
ISSN: 1023-8387

